Die Theorie der Diktatur des Proletariats gewissenhaft studieren Seite 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 10 vom 8. März 1975 — 9. Jahrgang — 50 Pfennig

Lorenz-Gefangennahme/'starker' Staat wird propagiert

Bourgeoisie will Terror verschärfen!

Die „Bewegung 2. Juni" hat den Vorsitzenden der Westberliner CDU Lorenz gefangen genommen und erklärt, daß er nur wieder unversehrt freigelassen würde, wenn die Forderung nach Freilassung bestimmter politischer Gefangener erfüllt worden sei. Bis Redaktionsschluß sah sich der imperialistische Staatsapparat gezwungen, die Haftbefehle gegen zwei Gefangene, die in Westberlin bei Demonstrationen gegen die Ermordung von Holger Meins verhaftet worden waren, aufzuheben. Die politischen Gefangenen Verena Becker, Gabriele Kröcher-Tiedemann, Rolf Pohle, Ina Siepmann und Rolf Heißler konnten ausfliegen und erhielten politisches Asyl in der Demokratischen Volksrepublik Jemen. Der ehemalige regierende Bürgermeister von Westberlin Albertz befand sich bereits auf dem Rückflug.

Sofort nach Bekanntwerden der Gefangennahme von Lorenz und der Forderungen erklärten die Vertreter des Staatsapparates und der drei großen bürgerlichen Parteien, vorrangig sei jetzt der „Schutz des Lebens von Peter Lorenz" und nicht die „Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien". Diese hohe „Wertschätzung" des Lebens hat der imperialistische Staat bei anderen Anlässen nicht gezeigt. Bei der Münchner Olympiade richtete er in Fürstenfeldbruck ein Blutbad an, bei dem Banküberfall in der Münchner Regentenstraße ließ er zur Durchsetzung „rechtsstaatlicher Prinzipien" nicht nur den Bankräuber Rammelmayr, sondern auch die als Geisel genommene Bankangestellte Ingrid Reppel abknallen. Die Vertreter des imperialistischen Staatsapparates, die mit rührseligen Auftritten („Mein Freund Peter Lorenz") den Eindruck erwecken wollen, aus heiterem Himmer „Opfer des Terrorismus" geworden zu sein, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß blutiger Terror, politischer Mord die Sache des imperialistischen Staatsapparates ist. Benno Ohnesorg, Petra Schelm, Thomas Weißbecker, Georg von Rauch, Holger Meins u. a. wurden von den Polizeitruppen und dem Justizapparat dieses Staates ermordet, weil sie gegen den Imperialismus kämpften und dabei war von der Vorrangigkeit des „Schutzes des Lebens" keine Rede. Der Dortmunder Jungarbeiter Erich Dobhardt, der Münchner Taxifahrer Günther Jendrian, der Mannheimer Arbeiter Hans-Jürgen Remiszko wurden Opfer des Polizeiterrors, der die „Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien", also die Aufrechterhaltung der Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse, zum Ziel hat. Klar zeigt sich in dem Einstellungsbeschluß der Duisburger Staatsanwaltschaft zu dem Verfahren, das Frau Routhier wegen der Erschlagung unseres Genossen Günter Routhier durch die Polizei gegen die Duisburger Polizei angestrengt hat, daß der imperialistische Staatsapparat systematisch die Ermordung von Kommunisten und anderen revolutionären Kämpfern gegen den Kapitalismus betreibt. Sinngemäß heißt es dort, daß der Polizeieinsatz auch unter der Voraussetzung, daß Günter dabei erschlagen wurde, gerechtfertigt war. Da ist von „vorrangigem Schutz des Lebens" keine Rede. Da läßt der imperialistische Unterdrückerstaat die Maske fallen und erklärt, daß Terror und Mord zum Schutz der Diktatur der Bourgeoisie gerechtfertigt sind.



Bankraub in München, August 1971: Die Geisel war nur eine Bankangestellte. Vom Schutz ihres Lebens war keine Rede. Ingrid Reppel wurde abgeknallt.

Vorrangig ist für die Bourgeoisie nur der Schutz des Lebens von Peter Lorenz, weil er ein Vertreter dieses imperialistischen Staatsapparates ist. Er hat in Westberlin maßgeblich die faschistische Hetze gegen die Arbeiterklasse und die revolutionäre Bewegung mitgetragen und hat mitgeholfen, die Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates voranzutreiben. Er ist für die Bourgeoisie natürlich nicht unersetzbar, aber die westdeutschen Imperialisten können ihn nicht einfach draufgehen lassen, weil dann zu offenkundig wäre, daß hinter ihrer „menschlichen Gefühlsduselei" der nackte Wille zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft steht.

Die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen ist zweifellos gerecht. Gegen alle Gefangenen, um deren Freilassung es geht, wurden ungeheure Terrorurteile verhängt, gegen mehrere von ihnen wurde Isolationsfolter angewandt. Die Arbeiterklasse kämpft für die Freiheit der Gefangenen, die wegen ihres Kampfes gegen den Imperialismus eingekerkert werden. Und je häufiger der Unterdrückerstaat Menschen wegen ihrer revolutionären Gesinnung und Taten einkerkert, je brutaler der Terror der bürgerlichen Klassenjustiz gegen die politischen Gefangenen wird, desto mehr Menschen werden sich unter der Losung „Freiheit

Fortsetzung auf Seite 10

§ 218 Fristenregelung aufgehoben

Bürgerliche Moral - Widerliche Heuchelei

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat die vom Bundestag gegen die CDU/CSU-Stimmen beschlossene „Fristenlösung", die von der Bundesregierung als „Reform des §218" vorgelegt worden war, für verfassungswidrig erklärt und den Schwangerschaftsabbruch auch während der ersten drei Schwangerschaftsmonate wieder unter Strafe gestellt. Damit werden erneut hunderttausende Frauen in die „Kriminalität" getrieben, werden Kurpfuschern ausgeliefert, was für viele den Tod bedeutet. Auf der anderen Seite gehört es selbstverständlich weiterhin zur bürgerlichen Moral, daß reiche Frauen eine luxuriöse ausländische Abtreibungsklinik aufsuchen, ohne Risiko und ohne mit Gefängnis bedroht zu werden.

Aber das ist nur ein Aspekt der widerlichen Heuchelei, der den Streit der bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Presse um den § 218 kennzeichnet. Da behaupten alle Parteien der Bourgeoisie, ihnen ginge es nur um den „Schutz menschlichen Lebens". Wer hat von diesen Sachwaltern des Kapitalismus seine Stimme im Fall Contergan zum „Schutz des Lebens" erhoben? Sind das nicht dieselben Leute, die offen erklärt haben, man solle die hungerstreikenden politischen Gefangenen doch einfach krepieren lassen? Wie steht es denn mit dem Schutz des Lebens angesichts Tausender sogenannter Arbeitsunfälle, bei denen in Wirklichkeit Arbeiter für den Profit der Kapitalisten durch gesteigerte Arbeitshetze ermordet werden? Die sich hier um den „Schutz des Fötus" sorgen, lassen zigtausende Kinder auf den Straßen verbluten, statt vernünftige Kindergärten und Spielplätze zu bauen. Wir wollen gar nicht weiter darauf eingehen, daß die Krupp und Thyssen, die jetzt ihre Karlsruher Verfassungsrichter zum „Schutz des

Fortsetzung auf Seite 2

Whyl

Volksbewegung gegen Kernkraftwerk

Jeder konnte es in der letzten Woche im Fernsehen sehen: Mit Schlagstöcken, Wasserwerfern und Panzerwagen ging die Polizei gegen Bauern, Arbeiter, Frauen und Jugendliche vor, die den Bauplatz für das geplante Kernkraftwerk in Wyhl am Kaiserstuhl besetzt hatten. Eine alte Winzerin steht weinend am Rand. Sie ist völlig verstört über den Einsatz der Polizei. Eine jüngere Frau zittert ebenfalls am ganzen Körper. Tränen der Wut laufen ihr übers Gesicht: „Die Polizei ist so brutal vorgegangen. 'Polizei – dein Freund und Helfer', da will ich nichts mehr von hören." Auf die Frage, wie es weitergehen soll: „Wir kämpfen für unsere Kinder. So wie die gegen uns vorgehen, das hat mit Demokratie nichts zu tun. Da müssen jetzt wirklich alle zusammenhalten. Sonst sind wir verloren."

Ähnlich erschüttert und erbittert wie diese beiden Frauen sind viele Menschen am Kaiserstuhl. In Jahrzehnten haben sie mit ihrer Hände Arbeit den Kaiserstuhl in ein fruchtbares, ertragreiches Weinanbaugebiet verwandelt. Sie hängen an ihrer Heimat. Jetzt aber müssen sie erleben, daß die Bauern, die Frauen und Jugendlichen, die ihre berufliche Existenz, die Schönheit des Landes verteidigen wollen, beschimpft, zusammengeschlagen, von der Polizei verhört und mit Strafanzeigen verfolgt werden. **Nicht der Wille des Volkes zählt in diesem Land, sondern der Profit des Kapitals, dem das geplante Kernkraftwerk (KKW) Wyhl und das gesamte Industriezentrum am Oberrhein dienen. Und die Profitinteressen des Kapitals setzt der Staat mit brutaler Gewalt gegen die Bevölkerung durch.**

Die Bevölkerung am Kaiserstuhl war von Anfang an entschlossen, ihre Interessen zu verteidigen. Der erste für das KKW geplante Standort, Breisach, mußte wegen des Widerstandes der Bevölkerung aufgegeben werden. Als neuer Standort wurde Wyhl ausgesucht. Aber auch die Bevölkerung von Wyhl und Umgebung wehrte sich. Man meinte zu Anfang, die Landesregierung durch Argumente überzeugen zu können. Über 100 000 Unterschriften wurden gegen den Bau des KKW gesammelt, Fachleute besorgt, die be-

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Kollegen wehren sich gegen Zwangsurlaub 3
Kollegen empört – ihr BR-Kandidat entlassen 3
Albaner aus Kossovo entlarvt GRF-Führer 4
Richter und Staatsanwalt geben zu: Genosse Günter von der Polizei erschlagen 5
Arbeiterjugendprozesse in Bielefeld: 50 Jugendliche verurteilt . . 5
Ein alter Antifaschist im Zeugenstand: Unverschämte Behandlung vor Gericht 5
Allon in Bonn: Zig Millionen für die antiarabische Aggression . . . 8
Zypernfrage im UN-Sicherheitsrat: Moskau mischt sich immer offener ein 8
Moskaus Spionage wird in Bonn vertuscht 8
Phnom Penh: „Wir warten auf die Ankunft der Volksstreitkräfte!" . 9
„Nuova Unita" entlarvt: Berlinguer im Dienst des Kapitals 9

§ 218 Fristenregelung aufgehoben

Bürgerliche Moral - Widerliche Heuchelei

Fortsetzung von Seite 1

Lebens" in Aktion treten lassen, noch in den letzten Wochen des 2. Weltkrieges Kinder zum Verrecken an die Front gehetzt haben und daß dieselben Kriegstreiber heute erneut für einen neuen imperialistischen Krieg rüsten.

So heuchlerisch ist die Bourgeoisie stets der Forderung der werktätigen Frauen und der gesamten Arbeiterklasse nach Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung entgegengetreten. Stets verhöhnte sie die Not der werktätigen Frauen mit einem Schwall „moralischer" Phrasen, ließ die Kirchenglocken dazu läuten und sich von den Pfaffen bestätigen, daß es auch „Gottes Wille" sei, daß proletarische Frauen Kind um Kind gebären müssen, wie groß das Elend auch sei, in das sie hineingeboren werden.

Den Kapitalisten ging und geht es hauptsächlich darum, das Anwachsen der Lohnsklavenarmee und den Nachschub an Kanonenfutter durch ein Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung zu sichern. Heute hat die Abtreibung durch die Verbreitung von Verhütungsmitteln natürlich ihre ursprünglich zentrale Bedeutung in dieser Frage verloren. Trotzdem wird das Festhalten der Bourgeoisie an dem Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung nach wie vor entscheidend durch ihr kapitalistisches Interesse am Anwachsen des Lohnarbeiterheeres bestimmt. In Westdeutschland ist die Geburtenrate gegenwärtig sehr niedrig. Das ist ein Ergebnis der ständig verschärften Ausplünderung der werktätigen Massen. Unter den vom Kapitalismus produzierten Lebensverhältnissen sehen immer weniger Werktätige noch die Möglichkeit, mehrere Kinder unter vernünftigen Bedingungen großzuziehen. Allein die Tatsache, daß viele Ehepaare darauf angewiesen sind, daß Mann und Frau arbeiten, daß es aber kaum für Industriearbeiterehepaare geeignete Kinderkrippen und Kindergärten (Frühschichtbeginn 6.00 Uhr, Spätschichtschluß 22.00 Uhr) gibt, spricht eine deutliche Sprache. So soll staatlicher Zwang den Kapitalisten die notwendige „Produktion von Lohnsklaven" sichern. Darum traten die Kapitalisten und ihre Bonner Parteien auch von Anfang an der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 entgegen, darum waren sie von Anfang an entschlossen, die Schwangerschaftsunterbrechung auch weiterhin unter das Strafrecht fallen zu lassen. Darum mußte jetzt selbst die sogenannte Fristenregelung vor dem Bundesverfassungsgericht fallen.

Da stellt sich natürlich die Frage, ob sich hier nicht bestätigt, daß die SPD gegenüber der CDU/CSU nicht doch fortschrittlicher ist. Das verbreiten – außer der SPD selbst natürlich – vor allem die modernen Revisionisten der D„K"P, die das Gerangel um den § 218 ausnutzen wollen, um ihre „Rechtskartell-Theorie" zu propagieren. Das § 218-Gerangel soll demnach zeigen, daß die politische Reaktion von der CDU/CSU und den offen faschistisch auftretenden Organisationen ausgeht, daß die CDU/CSU die besonders aggressiven Teile des Finanzkapitals repräsentiert und die SPD die vernünftig und friedlich gewordenen Teile, daß von der CDU/CSU die Hauptgefahr für die Errichtung eines Faschismus ausgeht. Damit wollen die D„K"P-Revisionisten davon ablenken, daß die Gefahr der Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur vom imperialistischen Staatsapparat selbst ausgeht, unabhängig davon, welche Partei der Monopolbourgeoisie gerade an der Regierung ist.

Auch wenn man davon ausgeht, daß der Streit von CDU/CSU und SPD um den § 218 kein von vorne bis hinten inszenierter Propagandatrick der Bourgeoisie ist, war er doch völlig im Interesse der Bourgeoisie, als ein Versuch, dem Parlamentarismus wieder mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen. Breite Teile der Arbeiterklasse, die jahrzehntelang immer SPD gewählt haben in dem Glauben, die SPD würde eher Arbeiterinteressen vertreten als die CDU, sehen heute keinen Unterschied mehr zwischen CDU und SPD. Die Tatsache, daß immer breitere Teile der werktätigen Massen, sich mit keiner der bürgerlichen Parteien mehr identifizieren, untergräbt aber gleichzeitig die Bindung der Massen an den Parlamentarismus überhaupt. Die Auseinandersetzung zwischen SPD und CDU um den § 218 ist für die Bourgeoisie darum sehr nützlich: während es in allen anderen Bereichen unter den Bedingungen der sich verschärfenden Krise des Kapitalismus unmöglich war, den Eindruck aufrechtzuerhalten, die SPD vertrete eher als die CDU/CSU Arbeiterinteressen, konnte hier das alte Schema, nach dem die SPD sozialer und fortschrittlicher sein soll, neu aufgelegt werden.

Wenn es natürlich auch so ist, daß in der Frage des § 218 der aus vielen Gründen in der CDU/CSU stärkere klerikale Einfluß zum Ausdruck kommt, hat die SPD von Anfang an ebenfalls die reaktionäre Position durchgesetzt, daß die Schwangerschaftsunterbrechung grundsätzlich strafrechtlich verfolgt werden muß, und darüber hinaus wird sie den Karlsruher Beschluß natürlich nicht weniger reaktionär in die Tat umsetzen als die CDU.

Der imperialistische Staatsapparat besteht in der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung auf seinem Diktat, um auch in diesem Bereich das kapitalistische Interesse unmittelbar durchsetzen zu können. Sowohl die von der SPD vertretene „Fristenlösung" als auch die „Indikationsregelung" sichern den Einfluß des Staates ab, wobei die jetzt angestrebte Indikationsregelung die Rolle des imperialistischen Staates stärker hervorhebt. Daß dafür das Grundgesetz herangezogen wird, zeigt den reaktionären Charakter der bürgerlichen Verfassung: auch da, wo sie besonders demokratisch klingt („Würde des Menschen", „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit"), hat sie keine andere Aufgabe, als die Herrschaft der Bourgeoisie zu sichern. Karlsruhe hat deutlich gezeigt, daß die Losung der D„K"P-Revisionisten „Grundgesetz verwirklichen" nicht, wie sie vorgeben, auf den „friedlichen Übergang zum Sozialismus", sondern auf die Stärkung des imperialistischen Staatsapparates hinausläuft.

Die Demonstrationen nach dem Karlsruher Urteil haben bereits gezeigt, daß der Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218 weitergehen wird. Er muß sich gegen den kapitalistischen Staat richten, der das vom Kapitalismus produzierte Elend der werktätigen Frauen um jeden Preis aufrechterhalten will, der die werktätigen Frauen mit der Androhung von Gefängnis noch tiefer ins Elend treibt.

Volksbewegung gegen Kernkraftwerk

Fortsetzung von Seite 1

stätigten, daß das KKW durch die erzeugte Wärme das Klima so verändern würde, daß der Weinanbau unmöglich würde. Kundgebungen wurden abgehalten. Mit einer Demonstration nach Stuttgart sollte Druck ausgeübt werden.

Doch mit all diesen Maßnahmen, die von den über 20 bestehenden Bürgerinitiativen organisiert wurden, stieß man in Stuttgart bei der Landesregierung auf taube Ohren. Die Stimmen, die eine Besetzung des Baugeländes forderten, wie es die französischen Nachbarn auf dem Gebiet der Bleichemiefabrik taten, wurden lauter. Aber die Bürgerinitiativen vertrösteten auf eine Volksabstimmung in Wyhl. So konnte eine Besetzung zunächst verhindert werden.

Aber der Zorn der Bevölkerung vor allem auf Ministerpräsident Filbinger und Wirtschaftsminister Eberle von der Landesregierung, die beide im Aufsichtsrat des Badenwerks, der Muttergesellschaft der



Kernkraftwerke Süd sind, die das KKW baut, wuchs. Auf einer Bürgerversammlung in Wyhl, wo Minister Eberle redete, konnte er sich kaum gegen die Tumulte im Saal durchsetzen. Nach knapp zwei Minuten mußte er aufhören. Anschließend verstellten ihm Jugendliche den Weg. Eberle fuhr sie einfach über den Haufen. Eine Frau empört: „Ihm waren die Leute völlig egal. Bei unsereinem wäre das Fahrerflucht gewesen. Aber bei denen ist das wahrscheinlich – Notwehr."

Dieser Zwischenfall steigerte die Empörung. Wie sollte eine Regierung im Sinne des Volkes handeln können, deren Vertreter so gegen die Werktätigen vorging? Die „Volksabstimmung" in Wyhl steigerte die Verbitterung weiter. Denn schon vorher war klar, egal, ob mit ja oder nein gestimmt wird, gebaut werden soll auf jeden Fall. Notfalls eben mit Zwangsenteignung der Gemeinde Wyhl. Die Bürgerinitiativen versuchten das letzte „legale" Mittel, eine Klage beim Verwaltungsgericht. Zunächst gelang es auch, die Bevölkerung weiter hinzuhalten. **Als dann aber – praktisch über Nacht – die Kernkraftwerke Süd den Bau begann, war für die Bevölkerung Schluß. Die allgemeine Forderung war jetzt: der Bauplatz muß besetzt werden.** Die Bürgerinitiativen stellten sich an die Spitze der Bewegung. Während völlig klar war, daß das KKW gebaut werden sollte und allein der entschlossene Kampf der Bevölkerung den Plänen der Bourgeoisie einen Strich durch die Rechnung machen konnte, taten sie so, als ginge es allein darum, dem Gesetz Geltung zu verschaffen, den Bau bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts zu verhindern. Dementsprechend predigten sie die Gewaltlosigkeit und rieten: „Man muß mit den Polizisten menschlich sprechen, dann werden sie auch menschlich reagieren."

Die Räumung des Platzes zeigte der Bevölkerung dann, wie „menschlich" die Polizei reagiert. „Polizeistaat" konnte man hinterher in Leserbriefen an eine Lokalzeitung lesen. „Die Polizei schützt nur das Kapital", sagten mehrere. Wurde vorher noch mit einzelnen Polizisten diskutiert, so sprachen die meisten jetzt nur noch voller Haß über die Polizei und auch die Landesregierung, die sie auf die Bauern, Frauen und Jugendlichen gehetzt hatte. Ging es zunächst nur um das Kernkraftwerk, so schlossen sich jetzt die Kaiserstühler auch gegen den Polizeiterror und gegen die Verfolgung der Demonstranten mit Strafanzeigen zusammen.

Die Front der Kämpfenden wurde breiter, aber auch entschlossener. Am Sonntag, der auf den Polizeieinsatz folgte, vermochten die Bürgerinitiativen nicht mehr, die Führung in der Hand zu behalten. Während sie auf das Verwaltungsgericht verwiesen und die „Schule der Gewaltlosigkeit" priesen, zogen entschlossene Bauern aus Weisweiler eine andere Erfahrung aus den bisherigen Kämpfen. **Sie durchbrachen die Stacheldrahtketten und stürmten erneut das Baugelände. Die Polizei knüppelte sofort brutal auf die Bauern ein. Aber diesmal ließen sich die Bauern nicht durch Rufe: „Keine Gewalt!" und „Provoziert die Polizei nicht!" zurückzerren. Sie warfen mit Steinen zurück. Tausende von Kundgebungsteilnehmern eilten ihnen zu Hilfe. Die Polizeiketten wurden zurückgedrängt, der Platz unter tosendem Jubel gestürmt.**

Hier hatte sich gezeigt, wie verlogen es ist, wenn die Bürgerinitiativen, aber auch die dort vertretenen Opportunisten von „K"BW und GRF behaupteten, die Massen könnten nicht verstehen, daß man revolutionäre Gewalt anwenden muß. „Von wegen ohne Gewalt!", sagte einer zu unseren Genossen. „Das geht nur noch mit Gewalt." Andere sagten: „Die sollen nur noch mal kommen. Wir sind da und wehren uns!" Die Bauern waren auch nicht bereit, zu glauben, daß die Polizei nicht gezwungenermassen, sondern freiwillig abgezogen war. Sie hielten den Platz weiter besetzt. Bauten Barrikaden auf den Zufahrtsstraßen gegen eventuell anrückende Polizei und organisierten ein Warnsystem.

Landesregierung und Kernkraftwerke Süd wollen jetzt warten, bis der Gerichtsentscheid vom Verwaltungsgericht eingetroffen ist. Gleichzeitig hat die Landesregierung bekräftigt, daß auf jeden Fall das Kernkraftwerk in Wyhl gebaut werden soll. Sie weiß genau, wenn der Staat jetzt nachgibt, dann ist der gesamte Plan für das Industriegebiet am Oberrhein in Gefahr. Wenn trotzdem der Gerichtsentscheid abgewartet wird, dann deshalb, um hinterher sagen zu können: „Seht ihr, wir halten uns an die Gesetze. Das gleiche verlangen wir von euch!"

Aber die bisherigen Erfahrungen in Wyhl zeigen, die Gesetze, die Gerichte und die Polizei – sie sind nicht für das Volk da, sondern einzig und allein, um die Interessen des Kapitals gegen das Volk durchzusetzen. Deshalb kann sich das Volk an diese Gesetze und Gerichtsentscheide nicht halten, wenn es seine Interessen durchsetzen will. Es muß sie bekämpfen. Es muß den gesamten kapitalistischen Staatsapparat, mit dem das Kapital die Werktätigen unterdrückt, zerschlagen und seinen eigenen Staat, die Diktatur des Proletariats errichten.

Kurz berichtet

BAD KREUZNACH

Auf einer Veranstaltung der „S"DAJ stellte sie das neue „Jugendzentrum-Programm" ihrer revisionistischen Liedermacher Lachmann und Gerber vor. Die Show im Popstil trug den Titel: „Weil es für uns selber ist" – was jedoch von uns anwesenden Genossen und Sympathisanten der ROTEN GARDE sehr zum Leidwesen der „S"DAJ-Führer in Zweifel gezogen wurde. Wie recht wir doch damit hatten.

Das ganze Programm bestand nur aus Plattheiten über den angeblichen „Generationskonflikt" und das „Unverständnis" eines Richters für einen Jugendlichen, der straffällig geworden war, weil er Automaten aufgebrochen hatte. – Kein Wort darüber, daß die Bourgeoisie den „Generationskonflikt" erfand, um Eltern und Jugendliche zu spalten, vielmehr betrieben die revisionistischen „S"DAJ-Führer mit ihrer Popkultur selbst diese Spaltung. Kein Wort darüber, daß man von einem Richter der Klassenjustiz nur ein Verständnis erwarten kann: das volle Verständnis für die Interessen der Bourgeoisie. Und auch kein Wort darüber, daß das verbrecherische System des Kapitalismus die Kriminalität produziert.

Bei der „S"DAJ verläuft alles anders: Als der Stadtrat eines schönen Morgens aus seinem Alptraum erwacht, ist er von den Jugendlichen abgewählt, die nun ihrerseits (so will es die „S"DAJ) in ihr „mitbestimmtes" Jugendzentrum einziehen – und alles wird von da an besser.

Als wir eine Diskussion über dieses revisionistische Programm forderten, sagte ein „S"DAJ-Führer zu, die Diskussion werde gleich, wie er hoffe, in einem ruhigen sachlichen Ton stattfinden. Doch im folgenden wurde die Diskussion durch Zugaben der Popmusik-Gruppe immer weiter herausgezögert. Dann ließen die „S"DAJ-Führer abstimmen, daß dies keine „Diskussionsveranstaltung", sondern eine „Songveranstaltung" sei, um der Diskussion zu entgehen. In der folgenden Pause ergriff dann ein Genosse der ROTEN GARDE das Wort und entlarvte die Politik der „S"DAJ, besonders in Hinblick auf die Fragen zur Jugendarbeitslosigkeit, die in Bad Kreuznach schon über 17% beträgt.

Natürlich ließen die „S"DAJ-Führer den Genossen der ROTEN GARDE nicht ausreden, sondern ließen uns nach den ersten Schreckminuten durch den Wirt des Saales verweisen – womit die Veranstaltung allerdings dann auch zu Ende war. Was folgte, war die offene Drohung eines „S"DAJ-Führers, uns demnächst zusammenzuschlagen. Fazit: Durch unser Auftreten haben wir die modernen Revisionisten in Bad Kreuznach in arge Bedrängnis gebracht und erste Schritte für den Aufbau der ROTEN GARDE hier am Ort geleistet.

RÜSSELSHEIM

Bei seinem Treffen am 26. 2. 75 verabschiedete der ROTER MORGEN-Leserkreis Rüsselsheim folgende Resolution: „Die Kollegen des ROTER MORGEN-Leserkreises Rüsselsheim unterstützen den Freiheitskampf des Khmer-Volkes gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien in Kambodscha. Wir hoffen auf den baldigen Sieg der Befreiungskräfte und wollen einen bescheidenen Beitrag leisten mit einer Spendensammlung unter den anwesenden und befreundeten Kollegen und Genossen. **Amis raus aus Kambodscha! Sieg im Volkskrieg!"** Die Sammlung erbrachte 85 DM an Spenden.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Kollegen wehren sich gegen Zwangsurlaub

In mehreren Betrieben ist von Zwangsurlaub die Rede, in einigen Betrieben wurde er bereits durchgeführt. Zwangsurlaub heißt, daß die Kollegen jetzt einen Teil ihres Tarifurlaubs nehmen müssen, weil wenig Aufträge da sind. In einigen Betrieben wird der Laden gleichzeitig für alle Abteilungen dicht gemacht, in anderen bleibt es auf einige Abteilungen beschränkt. Die Kapitalisten rechtfertigen den Zwangsurlaub damit, man wolle um jeden Preis Kurzarbeit und Massenentlassungen verhindern.

Auf jeden Fall ist diese Art der „Verhinderung von Kurzarbeit" für die Kapitalisten ein gutes Geschäft. Sie sparen Lohn. Außerdem hoffen sie darauf, im Sommer wieder mehr Aufträge zu haben, dann ist ein Großteil des Urlaubs bereits weg, und die Produktion kann voll laufen. Wenn diese Hoffnung der Kapitalisten sich nicht erfüllt, dann ändert natürlich auch der Zwangsurlaub nichts daran, daß dann Kurzarbeit und Massenentlassungen kommen.

Auch der kapitalistische Staat spart am Zwangsurlaub. Er braucht kein Kurzarbeitergeld zu zahlen. Nur die Arbeiter zahlen drauf. Was nützt ihnen der Urlaub, wenn die Frau arbeiten muß und die Kinder keine Ferien haben. Für den Profit der Kapitalisten sollen sie jetzt zwangsweise Urlaub nehmen und dafür unter Umständen den gemeinsamen Urlaub mit der Familie im Sommer abschreiben.

Der Zwangsurlaub ist ein getarnter Angriff auf die Belegschaft. Die Kapitalisten wissen genau, daß Kurzarbeit und Massenentlassungen die Empörung unter den Arbeitern wecken, daß sie die Klassenwidersprüche innerhalb und außerhalb des Betriebes verschärfen. **Mit dem Zwangsurlaub bauen sie auf die Klassenversöhnungsideologie.** Ganz im Sinne der DGB-Bonzen, deren Mitbestimmungsideologie ja die „Rentabilität der Unternehmen" als das gemeinsame Interesse von Arbeitern und Kapitalisten ausgibt, sollen die Arbeiter mit der Einwilligung in den Zwangsurlaub sich zur „gemeinsamen Verantwortung" mit den Kapitalisten bekennen, um Schlimmeres vom Betrieb abzuwenden. So sollten sich die Arbeiter des Thyssen-Kaltwalzwerkes in Duisburg-Hamborn auf „freiwilliger Basis" in die Zwangsurlaubsliste eintragen. Diese „freiwillige Basis" ist durch die Abfindungsverträge bekannt, durch die tausende Kollegen bei VW oder Opel arbeitslos wurden. Die „Freiwilligkeit" des Zwangsurlaubes unterstreichen die Kapitalisten in der Regel wie bei Thyssen durch die Androhung von Kurzarbeit und Massenentlassungen, falls der Zwangsurlaub von der Belegschaft abgelehnt wird.

Die DGB-Bonzen haben im neuen Manteltarifvertrag für die Stahlindustrie gemeinsam mit den Stahlkapitalisten dafür gesorgt, daß die freie Urlaubswahl der Kollegen für die Zukunft generell eingeschränkt wird. So müssen die Stahlkollegen jetzt 15 Arbeitstage an einem Stück Urlaub machen. Vor allem aber ist in dem Stahl-Manteltarif festgehalten, daß letztlich die „Belange des Betriebes" entscheiden, wann und wie die Kollegen ihren Urlaub nehmen dürfen.

Die Kollegen in einem Duisburger Thyssen-Werk ließen sich allerdings durch das Gerede von den „Belangen des Betriebes" nicht täuschen. Obwohl die Thyssen-Kapitalisten ihnen mit Kurzarbeit drohten, lehnten sie geschlossen einen Zwangsurlaub ab. Und auch bei Klöckner in Bremen nahmen die Kollegen, wie wir bereits im letzten ROTEN MORGEN berichteten, den Kampf gegen die Zwangsurlaubspläne auf. Auf verschiedenen Schichtversammlungen erklärten sie, daß sie weder Zwangsurlaub, noch Kurzarbeit wollten und lehnten den geplanten Zwangsurlaub einstimmig ab.



Bauer Druck/Köln

Kollegen empört - ihr BR-Kandidat entlassen

Rationalisierung bei Bauer-Druck in Köln. In der Abteilung Rotations-Tiefdruck, in der viele ausländische Kollegen der verschiedensten Nationalitäten arbeiten, sollten die Palettenaufstapler statt wie bisher jeder eine, nun zwei Paletten bedienen. Gegen diesen Angriff der Bauer-Kapitalisten auf ihre Lebenslage setzten sich die Kollegen geschlossen zur Wehr und es gelang ihnen, den Angriff vorläufig abzuwehren.

Eine Woche später wurde der panamesische Kollege Rogelio ins Meisterbüro gerufen. Daß gerade er gerufen wurde, war kein Zufall. Rogelio war einer der entschlossensten Kämpfer, er hatte das Vertrauen seiner Kollegen und kandidierte in diesem Jahr zu den Betriebsratswahlen. 126 Kollegen, darunter auch über 20 Deutsche, hatten seine Kandidatur bereits durch ihre Unterschrift unterstützt. Die Bauer-Kapitalisten und ihre Handlanger im alten Betriebsrat wollten Rogelios Wahl unter allen Umständen verhindern und ihn aus dem Betrieb werfen. Sie hatten das schon einmal im Dezember versucht und waren damals am Widerstand der Kollegen gescheitert, die hinter Rogelio standen und für ihn Unterschriften sammelten. Rogelio lehnte es ab, ins Meisterbüro zu gehen und forderte ihn stattdessen auf, herunterzukommen.

Kurz darauf bildeten die Arbeiter eine Delegation aus vier Kollegen, einschließlich Rogelio, die zum Betriebsrat gehen sollten, um sich dort zu beschweren. **Der Betriebsrat empfing die Arbeiter mit der Erklärung, daß er der Rationalisierungsmaßnahme längst zugestimmt hat und der hinzukommende Betriebsratsvorsitzende begann sofort Rogelio zu beschimpfen, daß er nicht ins Meisterbüro gegangen war, und ihm das Wort abzuschneiden. Rogelio nannte das völlig zurecht ein „diktatorisches Vorgehen". Die Auseinandersetzung endete damit, daß der Betriebsratsvorsitzende offen drohte: „Jetzt machen wir kurzen Prozeß mit dem!"**

Nachdem die Kollegen noch ins Meisterbüro gegangen waren und auch dort abgewiesen wurden, beriefen die Bauer-Kapitalisten und der Betriebsrat sofort eine Sitzung ein, zu der sie Rogelio bestellten und ihm erklärten, daß er fristlos entlassen ist. Begründung des Betriebsrats: er fühle sich durch den Vorwurf des „diktatorischen Vorgehens" beleidigt. Begründung der Kapitalisten: Störung des Betriebsfriedens. Rogelio erhielt sofort Werksverbot. Um zu verhindern, daß er auch nur noch ein einziges Mal mit seinen Kollegen spricht, wurde Rogelio auf seinem Weg durch den Betrieb von einem Meister und einem Betriebsrat bewacht. **Als er die beiden fragte, ob sie ihn gewaltsam daran hindern würden, sich von seinen Kollegen zu verabschieden, erklärten sie ihm offen, daß sie das tun würden. Rogelio versuchte aber trotzdem, noch seine Kollegen zu erreichen. Als er versuchte, zu ihnen durchzubrechen, hielt ihn der Meister fest, während der Betriebsrat sofort die Polizei holte. Unter der Bewachung durch die Polizei wurde Rogelio dann aus dem Betrieb geschafft.**

Um sich zu rechtfertigen, verbreiteten Meister und Betriebsrat, noch während Rogelio aus dem Betrieb geschafft wurde, unter den Kollegen die Lüge, daß Rogelio sie geschlagen habe und die deutschen gegen die ausländischen Kollegen aufgehetzt habe.

Die Empörung über diese Vorfälle war bei vielen Kollegen so groß, daß sie sofort versuchten, die Maschinen zu stoppen. Am nächsten Sonntag versammelten sich 35 Kollegen, um weitere Kampfmaßnahmen zu beraten. Es wurde beschlossen, einen Protestbrief aufzusetzen und die Wiedereinstellung Rogelios zu fordern und in dem weitere Kampfmaßnahmen angedroht werden sollten. Die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten konnten sich aber am Montag nicht auf gemeinsame Kampfmaßnahmen einigen und es gelang nicht, eine geschlossene Kampffront aller ausländischen und deutschen Kollegen gegen die Entlassung Rogelios herzustellen.



Spontaner Streik gegen Lohnraub

Am Freitagmorgen, 21. Januar, wurde bei Hella in Recklinghausen bekannt, daß der Lohnraubabschluß von 6,8% auf die schon erkämpfte Zulage angerechnet werden soll. Das hieß 15 Pfennig weniger Lohn und sofort bildete sich ein Zug von 60 bis 70 Werkzeugbauern, dem sich eine Abteilung von Frauen, die am Band arbeiten, anschloß. Der Zug marschierte zum Betriebsratsbüro. Der Betriebsrat versuchte, die Empörung abzuwiegeln, er sagte jedoch, daß er sofort in Lippstadt anrufen würde, um den Personalchef hierherzurufen. Der sollte um 15 Uhr da sein. Vielen Kollegen war klar, mit welchen Mitteln die IGM-Bonzen des Betriebsrates versuchen, die Empörung abzuwürgen. Sie sagten: der kommt sowieso nicht, die wollen uns nur hinhalten, nachher heißt es, der Personalchef ist auf der Autobahn steckengeblieben. Ein Betriebsrat mußte auf den massiven Protest der Kollegen hin, den Brief der Werksleitung, in dem sie die Anrechnung der 6,8% auf die Zulage bekannt gibt, im Werk vorlesen. Als er vorlas, legten viele Frauen die Arbeit nieder und diskutierten, der Kreis wurde immer größer – dann standen die Bänder still. Es wurde sofort spontan eine provisorische Streikleitung gewählt. Am Nachmittag kam dann der Knüller: Der Betriebsrat gab bekannt, daß der Personalchef nicht mehr kommen kann, weil er auf der Autobahn steckengeblieben sei, genau so, wie es die Kollegen vorausgesagt hatten. Dann war Schichtende. Die Empörung unter den Kollegen ist sehr groß.

Kommunistischer Betriebsratskandidat soll aus der IGM ausgeschlossen werden

In Nordenham soll der kommunistische Arbeiter Gerd C. aus der IGM ausgeschlossen werden. Gerd kandidierte bei Felten und Guilleaume auf der Liste der IGM zu den Betriebsratswahlen dieses Jahres. Schon vorher hatten ihn seine Kollegen zu ihrem Vertrauensmann gewählt, und er hatte im Ortsjugendausschuß der IGM gearbeitet. Inzwischen ist Kollege Gerd C. von der IGM-Liste zur Betriebsratswahl gestrichen worden. Gleichzeitig erhielt er das strikte Verbot, seinen Arbeitsplatz zu verlassen und darf nicht mehr in andere Hallen des Betriebes gehen. In einem Offenen Brief, den der „Rote Strom", die Betriebszeitung der KPD/ML bei F & G veröffentlichte, antwortete Gerd auf die Ausschlußdrohung.



Auf die Aufforderung der IGM-Bonzen, sich von der Kommunistischen Partei, der KPD/ML, zu distanzieren und sich an keinen „gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten" mehr zu beteiligen, schrieb Kollege Gerd:

„Ich halte Euer Ansinnen schlicht für eine Frechheit und eine besonders üble Gesinnungsschnüffelei. Am Anfang Eures Briefes schreibt Ihr, Euch wurde bekannt, daß ich gewerkschaftsfeindliche Aktivitäten treibe. Was Euch bekannt wurde und von wem, das schreibt Ihr nicht. Dies ist ein Vorgehen, das stark an die Nazizeit erinnert ohne die Vorlage eines Beweises oder harter Fakten einen Anklagebrief erstellen, vor dem ich mich verteidigen soll. Was für Euch gewerkschaftsfeindlich ist, glaube ich zu wissen. Nämlich jede Aktivität, die gewissen Herren bei Euch Kopfschmerzen bereiten. Gewerkschaftsfeindlich ist für Euch bestimmt mein Auftreten auf Betriebsversammlungen gewesen, in denen ich bestimmte Betriebsräte als Handlanger der Geschäftsleitung entlarvt habe und die Gewerkschaftsführer entlarvt habe als Handlanger der Kapitalisten, die z. B. in den Tarifrunden auf unsere Interessen keine Rücksicht nehmen. Gewerkschaftsfeindlich ist für Euch sicherlich mein Auftreten im Vertrauensleutekörper gewesen, aus dem Ihr mich nicht schnell genug wieder ausschließen konntet. Gewerkschaftsfeindlich für Euch ist sicherlich meine Anwesenheit im Ortsjugendausschuß der IGM, den Ihr nun aufgelöst und den 1. Vorsitzenden schon aus der Gewerkschaft ausgeschlossen habt. – Ich bin kein Feind der Gewerkschaft, die sich die Aufgabe stellt, nicht nur die Lage der Arbeiter im Kapitalismus wirtschaftlich und sozial zu bessern, sondern auch ihren Beitrag zur völligen Abschaffung der Lohnsklaverei leistet."

Kollege Gerd stellt dann fest, daß die DGB-Gewerkschaften weder das eine noch das andere tun, sondern, daß sich der DGB-Apparat an der Ausbeutung der Arbeiterklasse beteiligt und ihren Kampf unterdrückt und abwiegelt. Mit dem Mitbestimmungsgeschrei sollen die Arbeiter betrogen und vom unversöhnlichen Klassenkampf abgehalten werden. „Doch 24 Jahre Mitbestimmung in der Montanindustrie zeigen, daß die Ausbeutung nur raffinierter und die Profite höher, daß die Arbeitshetze und die Unterdrückung in diesen Betrieben schärfer wurden, als in vergleichbaren Betrieben ohne Mitbestimmung. Eure Lage wird sich durch die Mitbestimmung sicherlich ändern, kriegt ihr doch einige hochdotierte Posten mehr... Der DGB-Apparat ist mit den Kapitalisten und ihrem Staat eng verschmolzen. Ihr seid selber zu Kapitalisten geworden. Mit unseren Beiträgen habt Ihr Euch Banken, Wohnungsbaugesellschaften, Handelsketten und Fabriken geschaffen. Die Lage der Arbeiter in Euren Betrieben sieht teilweise schlechter aus, als in nicht gewerkschaftlichen Betrieben. Deshalb dürft Ihr es auch nicht zu größeren Streiks kommen lassen, da Ihr dann nichts verdient und ja auch unsere Beiträge fest angelegt sind, Ihr also keine Reserven habt. Euer Auftrag ist es, unsere Kampfbereitschaft zu brechen. Im Frühjahr 1974 habt Ihr in Bremen den Streik ausgerufen, um Euer Ansehen wieder aufzupolieren und gleichzeitig die Arbeiter in die Resignation zu treiben, da von Euch dieser Streik von Anfang an als Niederlage geplant war. Ihr habt hochdotierte Posten bei der Wirtschaft inne und ‚Spitzengrößen' von Euch stehen in der Regierungsverantwortung. Der frühere Bezirksvorsitzende Heinz Scholz ist Arbeitsdirektor bei HDW geworden und treibt dort die Kollegen an." „Weil ich fest an der Seite meiner Klasse stehe, bekämpfe ich alles, was uns schadet und unterstütze alles, was uns dient. Ihr schadet uns, deshalb bekämpfe ich Euch." Der DGB-Apparat kann nicht erobert, nicht durch Wahlen reformiert werden, deshalb kämpft Kollege Gerd für den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Zum Schluß erklärt er in seinem offenen Brief:

„Ich werde auch weiterhin die KPD/ML, besonders ihre Betriebszeitung hier bei F & G unterstützen, da die KPD/ML auf unserer Seite steht, die einzige Partei ist, die uns von der Lohnsklaverei befreien kann. Es interessiert mich nicht, daß Ihr die KPD/ML als gewerkschaftsfeindlich bezeichnet. Es ist genauso, als wenn der Dieb schreit: ‚Haltet den Dieb!' Ich lasse mich nicht von Euch kaufen, ich unterschreibe nicht die mir von Euch diktierte Erklärung. Ihr werdet mich sicherlich nun in kurzer Frist aus der IGM schmeißen, doch Freude daran werdet Ihr nicht haben. Ich bin mir sicher, neue Kollegen werden, empört über Euer Vorgehen, Euch nicht zur Ruhe kommen lassen."

Revisionistisches

DDR – INTERNATIONALER FRAUENTAG IM SINN DER NEUEN BOURGEOISIE

Wir besuchten vor kurzem die Hauptstadt der DDR, wo unser Weg an den neuen Geschäftshäusern am Alexanderplatz vorbeiführte. Dort sahen wir in einem „Schönheitssalon" irre viel Parfumes in allen Farben und sehr großer Auswahl mit den entsprechenden Preisen. Dieser Kosmetikkram wurde unter dem Motto angeboten: „8. März, Internationaler Frauentag".

Das zeigt sehr deutlich, wozu der internationale Frauentag in den revisionistischen Ländern benutzt wird: die Frau soll sich an diesem Tag mit dem gefärbten Wässerchen der neuen Bourgeoisie pflegen, ihr schwer erarbeitetes Geld ausgeben, um dem „Mann zu gefallen".

Welche Probleme die arbeitenden Frauen in der DDR haben, hörten wir in einer Gaststätte der „Mitropa". Dort erzählten sich die Serviererinnen, daß der Chef ein „Rausschmeißer" wäre, er hatte am Vorabend eine ihrer Kolleginnen entlassen.

D„K"P: „LICHT AUS" – GEGEN STROMERHÖHUNG

Der D„K"P-Spitzenkandidat in Karlsruhe, Manfred Rebholz, rief laut UZ-Meldung vom 24.2. zu einer Demonstration gegen die beschlossene Erhöhung der Strom- und Gaspreise auf. Man staunt, mit welch kühnen Kampfformen die D„K"P-Revisionisten in Karlsruhe den „kommunalen Preisstop' durchsetzen wollen. Sie forderten die Karlsruher Bevölkerung auf, am 24. 2. um 20 Uhr für 10 Minuten das Licht auszuschalten.

ITALIENISCHE REVISIONISTEN IM DIENSTE MOSKAUS

Die italienischen Revisionisten der „K"PI, die sich seit langem auf die Berufung zur Regierungspartei der italienischen Monopolbourgeoisie vorbereiten, haben jetzt noch einmal ihre „Qualifikation" für diese Aufgabe unterstrichen. Der italienische Revisionistenhäuptling Berlinguer hat sich nachdrücklich für ein Verbleiben Italiens in der Nato ausgesprochen. Um die Propagandatrommel für den sowjetischen Sozialimperialismus zu rühren, dessen hegemonistische Politik sie als „Friedenspolitik" verkaufen wollen, heben die D„K"P-Revisionisten hierzulande gelegentlich den aggressiven Charakter der Nato hervor. Gemeinsam mit ihrer italienischen Bruderpartei und anderen revisionistischen Parteien Westeuropas haben sie vor einiger Zeit, als Kissinger offen den arabischen Völkern mit militärischer Aggression drohte, eine wortradikale Erklärung gegen den US-Imperialismus veröffentlicht. Damals machten auch die italienischen Revisionisten mit, weil die Empörung über den US-Imperialismus besonders groß war. Heute zeigt sich die Heuchelei der Berlinguer-Clique. Jetzt erklären sie, daß auch sie Italien als militärischen Bündnispartner des US-Imperialismus belassen möchten. Als mögliche Regierungspartei müssen sie immer offener den Standpunkt der italienischen Monopolbourgeoisie vertreten. Aber man darf sich nicht täuschen lassen, daß das ein Bruch der italienischen Revisionisten mit dem sowjetischen Sozialimperialismus bedeutet. Im Gegenteil, die neuen Zaren haben den französischen und italienischen Revisionisten direkt empfohlen, einen Kurs der „Unabhängigkeit von Moskau" zu steuern, um in die Regierungssessel zu kommen. Die Sozialimperialisten kennen keine Prinzipien, wenn es darum geht, günstigere Bedingungen für ihr Eindringen in Westeuropa zu schaffen. Die systematische Vorbereitung der italienischen Revisionisten auf die Regierungsübernahme aber verrät vor allem, wie weit fortgeschritten die Krise des italienischen Kapitalismus bereits ist.

Albaner aus Kossovo entlarvt GRF-Führer

Am 11. Dezember haben die Führer der GRF in der „Roten Fahne" (Nr. 50/74) die „Rede eines albanischen Arbeiters auf der Albanienveranstaltung am 30. 11. 74" in Dortmund abgedruckt. In Wirklichkeit handelte es sich bei dieser Rede jedoch nicht um den Redebeitrag eines albanischen Arbeiters aus der jugoslawischen Provinz Kossovo, wie vorgegeben, sondern um ein trotzkistisches, gegen die VR Albanien gerichtetes Machwerk aus der Feder der Führer der GRF selbst.

Wir haben bereits im ROTEN MORGEN Nr. 51/74 den Charakter dieses Machwerks und die darin enthaltenen Lügen und Verleumdungen gegen die VR Albanien zurückgewiesen. Kernpunkt dieser „Rede" war die Behauptung der GRF-Häuptlinge, daß die Angehörigen der albanischen Minderheit in Kossovo aus der sozialistischen VR Albanien emigrieren mußten, weil es dort für sie keine Arbeit gebe. „*2 Millionen Albaner leben fest in Jugoslawien. In Albanien selbst sind für diese Arbeiter noch keine Arbeitsmöglichkeiten vorhanden. Die Wirtschaft ist noch im Aufbau. (. . .) Tito selbst hatte immer geworben für seine ‚sicheren Arbeitsplätze'* ", hieß es in der „Roten Fahne". Am 16. Februar hat nun der albanische Arbeiter, in dessen angeblichem Redebeitrag diese Passagen enthalten gewesen sein sollen, einen Brief an die „Rote Fahne" gerichtet, den wir im folgenden vollständig abdrucken:

„Ich protestiere dagegen, daß Ihr auf der Veranstaltung in Dortmund am 30. November 1974 auf hinterhältige Art und Weise mir Worte in den Mund gelegt habt, die gegen das albanische Volk und gegen die Volksrepublik Albanien gerichtet sind. Ich bin ein albanischer Patriot und würde nie behaupten, daß die Menschen aus der VR Albanien sich im Ausland Arbeit suchen müßten. Vielmehr habe ich in Eurem Büro in Dortmund kurz berichtet, daß in Kossovo die Albaner durch den jugoslawischen Imperialismus unterdrückt werden und daß nur 40% von uns Kossovo-Albanern dort Arbeit finden. Weil wir aber Geld verdienen müssen, sind viele von uns gezwungen, in Deutschland zu arbeiten. Deshalb hat die albanische Regierung, weil sie das albanische Volk liebt, vorgeschlagen, daß wir nicht ins Ausland gehen sollen, sondern in der Volksrepublik Albanien arbeiten. Wir könnten dann am Wochenende immer zu unseren Familien fahren. Aber weil uns die jugoslawische Regierung unterdrückt, hat sie den Vorschlag abgelehnt und verbietet uns, nach Albanien zu fahren. Sie will an uns Devisen verdienen. Diese Worte habt Ihr völlig verdreht und gegen Albanien gerichtet.


In der sozialistischen VR Albanien gibt es keine Arbeitslosigkeit sondern Arbeit für alle

Ich habe Euch gesagt, daß ich deshalb nicht selbst reden wollte, weil ich deswegen in meiner Heimat unterdrückt werden kann. Deshalb protestiere ich auch dagegen, daß Ihr mich von einem kleinen Kind habt fotografieren lassen und das Bild in der „Roten Fahne" veröffentlicht habt, um für Euch Propaganda zu machen. Das ist eine unsolidarische und hinterhältige Methode.

Ich schreibe das jetzt erst, weil ich gerade erst von Kossovo zurückgekommen bin. Ich verlange, daß Ihr meine Erklärung in der „Roten Fahne" abdruckt.

Der albanische Arbeiter . . ."

Jeder kann nun auch den Charakter der „Selbstkritik" beurteilen, die die Führer der GRF zwei Monate nach Abdruck der gefälschten Rede in der „Roten Fahne" (Nr. 5/75 vom 5. 2.) veröffentlicht haben. Darin heißt es wörtlich, „*daß in dieser Rede mißverständliche Passagen sind, die den Eindruck erwekken könnten, (. . .) in Jugoslawien würden albanische ‚Gastarbeiter' leben, bzw. in Albanien gebe es nicht genügend Arbeitsplätze. Natürlich ist dies nicht unsere Auffassung. Wir müssen Selbstkritik leisten wegen der mangelnden redaktionellen Sorgfalt bei Übertragung und Abdruck dieser Rede.*" **Tatsache ist, daß diese „Selbstkritik" durch und durch verlogen ist. Weder handelt es sich um „mißverständliche Passagen" noch um mangelnde redaktionelle Sorgfalt, sondern um den Versuch, mit Beteuerungen der Freundschaft zur VR Albanien und der Partei der Arbeit Albaniens auf den Lippen, die marxistisch-leninistische Linie der Partei der Arbeit, die Diktatur des Proletariats und die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der VR Albanien wütend anzugreifen.** Daß sich die GRF-Führer dabei hinter dem angeblich „authentischen" Bericht eines albanischen Arbeiters verstecken, ist eine besonders hinterhältige Methode. Die trotzkistische Doppelzüngelei der GRF-Häuptlinge, einerseits Beteuerungen und Lippenbekenntnisse abzugeben, um desto besser Wühlarbeit leisten zu können, wird auf den immer entschlosseneren Widerstand aller wirklichen Revolutionäre stoßen.

Offener Brief von Sympathisanten der GRF

Empörung über die GRF-Führer

„Voller Empörung haben wir den Artikel „Der Durststreik spekuliert auf das Mitleid der Bourgeoisie" in der Roten Fahne 5/75 gelesen." So beginnt ein offener Brief an die Rote Fahne, der von 17 Hamburger Genossen, die, wie sie schreiben, „ehemals in und im Umkreis der KPD organisiert waren und 10 Mitgliedern der Roten Hilfe e. V." unterzeichnet worden ist.

Die Genossen beziehen sich auf einen Artikel in der Roten Fahne, in dem die GRF-Führer u. a. schrieben: „Die Ankündigung des Durststreiks durch eine Reihe politischer Gefangener der RAF ist Ausdruck der Kapitulation vor der Bourgeoisie und muß scharf kritisiert werden. Er ist der Höhepunkt einer vollständig bürgerlichen Linie im Kampf gegen die Klassenjustiz."

In dem Brief der Hamburger Genossen an die Rote Fahne heißt es: „Mit keiner Zeile schreibt Ihr, wie die Klassenjustiz die Genossen der RAF behandelt, keine Zeile darüber, warum sie überhaupt in den Durststreik getreten sind, nichts über Ziele und Politik der RAF als politischer Organisation, kein Wort über die Isolationsfolter, erst recht natürlich kein Wort über konkrete Solidaritätsaktionen. Mit keiner Zeile greift ihr Bourgeoisie und Klassenjustiz an, der ganze Artikel ist ein einziger Frontalangriff gegen die Genossen, die keine andere Möglichkeit des Kampfes gegen die Isolationsfolter mehr sahen als den Durststreik.

Selbst wenn der Durststreik in der Situation einer nicht breit entfalteten Solidarität kein Kampfmittel war, das zum Erfolg führen konnte und man die politischen Gefangenen, die zu diesem Mittel greifen, deswegen kritisieren muß, darf niemals Zweifel daran aufkommen, daß nicht diese politischen Gefangenen die Feinde der Arbeiterklasse sind, sondern daß die bürgerliche Klassenjustiz der gemeinsame Feind ist."

Schon vor dem Rote Fahne-Artikel, den die Hamburger Genossen jetzt kritisieren, hatten die GRF-Führer in übelster Weise gegen den Kampf der RAF-Gefangenen gehetzt. Damals hieß es in der Roten Fahne 2/75, die RAF-Gefangenen seien zumindest objektiv für die Verurteilung Horst Mahlers verantwortlich und der Hungerstreik der RAF-Gefangenen sei ein Manöver, um von dem Terrorurteil gegen Horst Mahler abzulenken.

Die Hamburger Genossen schreiben dazu: „Auch wir sind der Meinung, daß die Linie der RAF falsch ist. Ihr werft ihnen jedoch vor, daß sich ihre bürgerliche Linie „nicht zuletzt" im „Totschweigen" von politischen Gefangenen zeige, die sich „auf die Seite des kämpfenden Proletariats" gestellt haben. Eure Meinung, daß nur der auf der Seite der Arbeiterklasse steht, der positiv zu Eurer Organisation steht, ist bekannt."

Die Genossen haben die GRF-Führer zur Selbstkritik in der Roten Fahne aufgefordert.

Vom Aufbau des Sozialismus

„EIN FUNKELNDER ROTER STERN"

ist der Titel eines neuen Spielfilms aus der VR China. Sein Held ist der zehnjährige Dung Dsi, der in den dreißiger Jahren in den Reihen der Roten Armee für die Sache der Revolution kämpfte. Seine Rolle wird von dem zehnjährigen Tschun Hsin-yun gespielt. Tschun Hsin-yun unterscheidet sich völlig von den „Kinderstars" wie sie hier bei uns „gemacht" werden. Für die kapitalistische Filmindustrie, die Produzenten, Zeitungsverleger, Manager, Berater und nicht selten sogar die Eltern sind sie eine profitable Geldquelle. Erzogen werden sie im Geist der Verachtung der Massen und die Filme, in denen sie auftreten, dienen der Verbreitung der reaktionären idealistischen Ideologien der Bourgeoisie, die dabei skrupellos die Liebe der Werktätigen zu den Kindern ausnutzt.

Tschu Hsin-yun ist ein Kind des sozialistischen China. Dort gibt es keine „Stars". Dung Dsi, dessen Rolle er verkörpert, kämpft, auch wenn er noch jung ist, bewußt für die Interessen der breiten Massen des Volkes. In der Zeitschrift „China Reconstructs" erzählt Tschu Hsin-yun selbst, wie er diese Rolle gemeistert hat:

„Als ich im Filmstudio ankam, war alles neu und aufregend für mich. Ich dachte, wir würden sofort mit der Arbeit anfangen. Ich sagte zu dem Regisseur: ‚Fangen wir an zu drehen! Warum haben wir denn noch nicht angefangen?' ‚Sei nicht ungeduldig', antwortete der Regisseur. ‚Erzähle mir zuerst, was du glaubst, warum wir diesen Film machen.'

‚Weil es Spaß macht', sagte ich.

‚Du hast unrecht', erklärte mir der Regisseur. ‚Filme werden nicht gemacht, weil es Spaß macht. Das ist eine Aufgabe, die uns die Partei gestellt hat.' Mein Herz schlug schneller, als ich seine Worte hörte. Es war mir noch nicht in den Sinn gekommen, daß Filmemachen eine so wichtige Sache ist. An diesem Abend schrieb ich folgendes: ‚Gelübde des kleinen Rotgardisten Tschu Hsin-yun. Ich bin in das Filmstudio gekommen, um einen Film zu machen und nicht, weil es mir Spaß macht. Ich werde auf die Genossen der Armee hören und die Aufgaben ausführen, die mir die Partei aufgetragen hat.'

Um die Rolle Dung Dsis besser spielen zu können, beschäftigte sich Tschu Hsin-yun intensiv mit der Zeit, in der Dung Dsi lebte und kämpfte. Er lernte von ihm. Er erzählt: ‚Dung Dsis Liebe zum Vorsitzenden Mao und zur Partei war für mich ein großes Beispiel. Als Dung Dsis Mutter in die Partei eintrat, sagte er: ‚Mama, jetzt, wo du zur Partei gehörst, bin ich ein Kind der Partei. Ich will alles tun, was die Partei verlangt.' "

Und weiter: ‚Während der Dreharbeiten sagte ich oft zu mir selbst: ‚Tschu Hsin-yun, du bist einer von Vorsitzenden Maos kleinen Rotgardisten. Du solltest so wie Dung Dsi sein und weder vor Schwierigkeiten noch Strapazen kapitulieren.' Als wir in Kiangsi waren, mußten wir oft auf Berge steigen und durch Flüsse waten. Manchmal war die Arbeit sehr hart. Manchmal schlief ich ein, wenn wir im Auto die Landstraße entlang fuhren. Um die Aufgabe zu erfüllen, die mir die Partei gegeben hatte, brauchte ich wirklich den revolutionären Geist von Dung Dsi."

‚In Kiangsi mußten die Kinder der Armen früher jeden Tag auf die Hügel gehen und Reisig holen und die schweren Lasten auf Schulterstangen heimtragen. Ich bin in Peking geboren und aufgewachsen, hatte niemals Reisig geschnitten und wußte nicht, wie man die Schulterstangen benutzt. Deshalb gab mir der Regisseur eine Sichel, eine Tragestange und zwei Seile und ich ging auf die Hügel, um es zu lernen. Nachdem ich eine Traglast zurückgebracht hatte, waren meine Schultern von dem Gewicht der Stange rot und wund. Man fragte mich, ob es weh tut. ‚Ja', sagte ich, ‚aber es macht mir nichts aus'. ‚Richtig', ermutigte mich ein Genosse, ‚genauso war Dung Dsi'.

‚Als ich Dung Dsi spielte, lernte ich von ihm. Sogar jetzt, wo der Film fertig ist, lerne ich von ihm. Als der Film gezeigt wurde, haben mir viele Erwachsene und Kinder geschrieben und mir gratuliert. Ich habe nur meine Pflicht getan, wie jeder andere kleine Rotgardist auch und dennoch haben mir die Partei und die Menschen soviel Zuneigung entgegengebracht. Ich bin entschlossen, das zu tun, was uns Vorsitzender Mao lehrt: gut zu lernen und jeden Tag Fortschritte zu machen, den Weg einzuschlagen, den Dung Dsi nahm und ein würdiges Kind der Partei zu sein."

Richter und Staatsanwalt geben zu

Gen. Günter von der Polizei erschlagen

Am 20. 2. 75 stand in Wunsiedel (Fichtelgebirge) eine Genossin vor Gericht, weil sie Flugblätter zum Polizeimord an Günter Routhier verteilt hatte. Sie hatte zunächst einen Strafbefehl über 3 Monate Gefängnis auf 3 Jahre Bewährung und 500 DM bekommen. Gegen diesen Strafbefehl hatte sie Einspruch erhoben.

Obwohl keiner der Genossen in Wunsiedel wohnt, kamen 13 Freunde und Genossen, um Genossin Susanne zu unterstützen.

Die Unsicherheit und Angst der Klassenjustiz, für die dieser Prozeß in dem Städtchen Wunsiedel der erste Prozeß gegen Kommunisten seit langer Zeit war, zeigte sich schon vor Prozeßbeginn:

In der Umgebung des Amtsgerichts patroullierte eine Hundestreife des Bundesgrenzschutzes, vor dem Eingang standen mehrere Posten. Das gesamte Amtsgericht außer der Vorhalle und dem Zuhörerraum war für das Publikum gesperrt. Als Genossen im Wagen am Amtsgericht vorbeifuhren, verständigten sich die Posten sofort und schrieben die Nummer auf. Das wirkliche Ausmaß der Vorbereitungen der Polizei konnten wir allerdings erst nach dem Ende des Prozesses erkennen. Nachdem der Alarm abgeblasen war, quollen dutzende Polizisten aus den oberen Stockwerken des Amtsgerichts, alle in Kampfuniform, einige mit Maschinenpistolen bewaffnet!

Unsere junge Genossin ließ sich nicht einschüchtern, sondern bewies in ihrer Erklärung, daß jeder einzelne Satz, der als „Beleidigung", „Verunglimpfung der BRD" oder als „Volksverhetzung" in der Anklageschrift zitiert wurde, der Wahrheit entspricht. Sie entlarvte die Rolle des Gerichts und versicherte, daß jedes Terrorurteil sie nur in ihrer Überzeugung bestärken und stärker mit der KPD/ML verbinden kann.

Richter und Staatsanwalt, die in solchen Prozessen ungeübt waren, aber ihren Auftrag genau kannten, bemühten sich krampfhaft, aber vergebens, vor dem Publikum einigermaßen glaubwürdig zu erscheinen. Sie versuchten ständig, vom Wesentlichen, vom Mord an unserem Genossen Günter, abzulenken und sich an einzelnen scharfen Formulierungen festzuklammern, schließlich mußten sie jedoch zugeben, daß Genosse Günter offensichtlich durch die Polizei erschlagen wurde und versuchten nur noch zu beweisen, daß trotzdem die Anklage berechtigt sei.

Am Ende wurde das Urteil verkündet: vier Wochen Dauerarrest.

Das Urteil ist immer noch ein Terrorurteil, aber doch ein gewisser Erfolg der Partei gegenüber dem Strafbefehl; vor allem aber haben einige Freunde zum ersten Mal an einem Prozeß teilgenommen und haben das Wesen der bürgerlichen Klassenjustiz klarer erkannt. Sie werden sich enger um die Partei zusammenschließen.

Arbeiterjugendzentrumsprozesse

Fünfzig Jugendliche verurteilt

Am 22., 23. und 28. Januar fanden in Bielefeld die Prozesse gegen ca. 50 Jugendliche statt, die angeklagt waren, Ostern 1973 das „Haus der Offenen Tür" in Brackwede besetzt zu haben. Entsprechend des Strafantrages der Stadt Bielefeld bestätigte das Gericht die schon vorher ergangenen Strafbefehle über 100 DM, verdoppelte sie, sogar entgegen dem Antrag des Staatsanwaltes, in vier Fällen und sprach lediglich einen Jugendlichen frei.

An den Demonstrationen im Frühjahr 1973, am Kampf für die Wiedereröffnung des geschlossenen Hauses der „Offenen Tür" beteiligten sich bis zu tausend Jugendliche aus Bielefeld und der näheren Umgebung. Als ihre berechtigten Forderungen nicht erfüllt wurden, setzten sie der Unterdrückung und Gewalt der städtischen Behörden ihre Gewalt entgegen und besetzten das Haus. Kurze Zeit darauf wurde das Jugendzentrum von 300 Polizisten und unter Einsatz von zwei Wasserwerfern mit Gewalt geräumt. 156 Jugendliche wurden festgenommen und überwiegend erkennungsdienstlich behandelt.

Von Anfang an hatten die modernen Revisionisten der D„K"P, die Opportunisten des „K"BW und die verschiedenen spontaneistischen Gruppen versucht, die Rebellion der Jugendlichen gegen ihre Unterdrückung in den städtischen Freizeitheimen, gegen die fehlenden Einrichtungen für die Freizeit und die Ausplünderung und Verdummung durch die kapitalistische Unterhaltungsindustrie abzuwiegeln und versucht, sie vom Kampf gegen das kapitalistische System und den bürgerlichen Staat abzuhalten und stattdessen die Mitbestimmung, den „demokratischen Abwehrkampf" und die „individuelle Befreiung" propagiert.

Während der Prozesse setzten die modernen Revisionisten und die Opportunisten ihren Verrat fort. Der „K"BW z. B. brachte viele der angeklagten Jugendlichen dazu, während des Prozesses in der Innenstadt mit Umhängeschildern – „Ich werde verurteilt" – herumzulaufen, appellierte an das Mitleid der Bevölkerung und säte den Geist der Resignation. **Der Anwalt der D„K"P, der in dem Prozeß einen der Jugendlichen verteidigt, stellte sich offen auf die Seite der bürgerlichen Klassenjustiz und erklärte wiederholt, daß alle Jugendlichen – mit Ausnahme seines Mandanten – zu Recht verurteilt würden. Diejenigen Jugendlichen, die den Prozeß revolutionär führten, enthüllten im Verlauf der Verhandlungen vollständig das wahre Gesicht der bürgerlichen Klassenjustiz.**

Unverfroren äußerte der Richter z. B. vor der Vernehmung eines Zeugen der Polizei: **„Ich hoffe, daß der Zeuge Mantei für das Gericht aussagen wird!"** Keiner der Polizeizeugen konnte jedoch vor Gericht aussagen, wer die Fotos gemacht hatte, auf denen die Angeklagten angeblich zu sehen sein sollten; sie konnten die Angeklagten außerdem auf den Fotos nicht einmal wiedererkennen. Dennoch wurden, bis auf einen Genossen, alle verurteilt, im „Namen des Volkes" für ihren Kampf für die berechtigten Forderungen der Jugendlichen in Bielefeld.

Ein alter Antifaschist im Zeugenstand

Unverschämte Angriffe des Gerichts

Bei einem Prozeß anläßlich der Vertreibung der offenen Faschisten von den „Jungen Nationaldemokraten" aus der Innenstadt von Münster war Genosse Paul, ein alter revolutionärer Kämpfer gegen den Faschismus als Zeuge der Verteidigung geladen. In der Zeit des Hitlerfaschismus war Genosse Paul von der Gestapo ins KZ geworfen worden und die Nazischergen hatten ihn grausam mißhandelt.

Das Gericht, der Staatsanwalt und die Polizeizeugen unterwarfen den Genossen während und nach seiner Aussage einer unverschämten Behandlung, die sich kaum von der Praxis der faschistischen Gerichte unterschied.

Nach der Aussage des Genossen erklärte der Staatsanwalt zynisch, auf die KZ-Haft des Genossen anspielend, er sei sicher in „einer Anstalt" gewesen. In verleumderischer Weise behauptete er sogar, daß der Genosse schwachsinnig sei, genauso wie es die Faschisten getan hatten, um ihn zu mißhandeln und ins KZ zu werfen. Schon vorher hatte der Richter den Genossen mit der Bemerkung empfangen: „Na, haben Sie sich schon mit den (anderen) Zeugen abgesprochen?"

Genosse Paul sagte vor Gericht aus über den Terror der Polizei bei einem anderen Prozeß. Damals war der Genosse von der Polizei so brutal angegriffen worden, daß er zu Boden fiel und mit dem Kopf auf das Pflaster der Straße stürzte. Eine Anzeige gegen einen der Polizisten war zunächst niedergeschlagen worden und erst nach Beschwerde beim Oberlandesgericht wiederaufgenommen worden.

Um ihn als Lügner hinzustellen, ließ das Gericht gleich vier (!) Gerichtsbüttel aus dem damaligen Prozeß aufmarschieren, die „bezeugten", daß sie ihn damals aus dem Gerichtsgebäude „geleitet" hätten, obwohl er sich dort nie befunden hatte und auf der Straße von der Polizei angegriffen worden war.

Ganz anders behandelte dagegen das Gericht die Zeugen der Polizei. Die zwanzig Polizisten erschienen vor Gericht allesamt mit Gummiknüppel und Dienstpistole und verständigten sich während der Pausen über Sprechfunkgeräte miteinander, die sie unter ihrem Jackett verborgen hatten. Bezeichnend ist auch, daß einer der Schöffen in dieser Verhandlung der DGB-Vorsitzende von Münster, Wildemann, war.

RÜSSELSHEIM

In Flugblättern verbreitete die Partei in Rüsselsheim die Wahrheit über den Tod des 61jährigen griechischen Opel-Arbeiters Adam Papadopoulos.

Als er Einbrechern in seinem Getränkelager, das er nebenbei betrieb, das Handwerk legen will und den Flüchtenden mit einer Pistole nachschießt, biegt ein Auto um die Ecke, zwei Männer mit Pistolen springen heraus. Papadopoulos, der glaubt, es seien Komplizen der Einbrecher, wendet sich dem Haus zu. Doch da schießen die beiden – Papadopoulos, der sich gerade umdreht, wird tödlich in die Brust getroffen. Die Mörder: Polizei in Zivil!

Die Lokalpresse verschwieg, daß es sich um einen Opelarbeiter handelt, der hier von der Polizei einfach erschossen wurde. Wie sehr die Polizei die Verbreitung dieser Wahrheit fürchtete, zeigte sich beim Verteilen der Flugblätter auf dem Rüsselsheimer Markt. Sie nahmen einen Genossen vorübergehend zur Personalfeststellung fest. Doch die Flugblätter bekamen sie nicht. Sämtliche Flugblätter, die dem Genossen bei der Festnahme aus der Hand fielen, wurden von der angesammelten Menschenmenge aufgehoben und mit großem Interesse gelesen. Auch später gelang der Polizei die Beschlagnahmung nicht, obwohl sie sogar die Marktfrauen fragten, wer die Flugblätter verteilt habe. Umsonst, keine gab die Genossen, die dabeistanden, preis.

Die Aktion hat uns gezeigt, wie wichtig es war, die Wahrheit über den Tod des Kollegen zu verbreiten, und wie isoliert die Polizei von der Bevölkerung ist, wie wichtig es für uns ist, das Vertrauen in die Massen und auf ihren Schutz zu haben.

KIEL

Liebe Genossen!

Meine Mutter war Alkoholikerin und kam eines Tages in das Landeskrankenhaus nach Heiligenhafen (Schleswig-Holstein) in die geschlossene Abteilung. Ich möchte einen kurzen Bericht über einige Tatsachen schreiben, wie meine Mutter über ihre „Haft", die 9 Monate betrug, erzählte.

„Montags Badetag. Für 30 Frauen stand eine Wanne zur Verfügung. 30 nackte Frauen standen an! Mangels weiblichem Personals wurden die Frauen von 2 kräftigen, jungen ‚Pflegern' gepackt und in der Wanne abgeseift. Diese Prozedur ging unter allerhand deftigen Scherzen vor sich. Jede Scham wurde mit Füßen getreten; von Menschenwürde ganz zu schweigen.

Dieses ‚Krankenhaus' ist ein menschenunwürdiger Schweinestall!

Und die Ärzte! Sie behandeln den Menschen wie den letzten Dreck. Zu mir sagte mal ein Arzt: ‚Ach, wissen Sie, Frau Sch., bei Ihnen lohnt sich ja doch nichts mehr. In ältere Menschen stecken wir nicht mehr so viel rein!' (Meine Mutter ist 65 Jahre alt). Eine stumpfe, drückende Atmosphäre liegt über allem. Zuerst habe ich es mit Entsetzen beobachtet dann mit Humor versucht, bis ich dann auch meistens gelähmt, stumm dasaß, oder, wenn mir mein Sohn ein Buch mitbrachte, dieses las. – Und das 9 Monate lang; 6 davon ohne einmal an die frische Luft zu kommen!

Wenn irgendein Patient sich weigert, irgendetwas zu tun (z. B. Toiletten sauber machen) oder gar rebellisch wird, wird er kurzerhand am Bett festgeschnallt und mit Valium oder anderen Beruhigungsmitteln ‚behandelt'. Als ich einmal einen ekligen Brei nicht essen wollte, hieß es ‚Aha, die wird aggressiv' – und schon hatte ich meine Spritze weg! Eine über 70jährige Frau wurde einmal vom ‚Pfleger' aufgefordert, vom Bett aufzustehen und in den Tagesraum zu gehen. Als die Frau zögerte, riß er sie an den Armen hoch, und stieß sie mit seinem Knie in den Hintern, daß die Frau hinstürzte! Der ‚Pfleger' lachte sich halbtot darüber! Ich habe dort viele sterben sehen, zuerst zählte ich sie noch, habe es aber bald aufgegeben (pro Tag einer bis drei). Wenn Sterbende unruhig werden, werdon sie an Händen und Füßen am Bett festgeschnallt und ‚dürfen' so sterben.

Kurzum, im Kapitalismus wird nicht für die kranken Menschen etwas getan, sondern, da sie eine Last bedeuten, in solchen ‚Krankenhäusern' untergebracht, wo sie niemanden (außer ‚Ärzten' und ‚Pflegern') stören können."

Ich glaube, diesem Bericht brauche ich nichts hinzuzufügen.

Rot Front! Genosse aus Kiel.

MARBURG

Am 19. 2. fand in Marburg eine Veranstaltung von „K"SV, „K"JV und Liga gegen den Imperialismus zum antimilitaristischen Kampf statt. Dort wurde über einen anstehenden Prozeß gegen die Genossen Winni F. und Erwin K. berichtet, die 1973 bei einer Aktion der GRF gegen eine öffentliche Rekrutenvereidigung in Stadt-Allendorf als antimilitaristische Kämpfer aufgetreten waren.

Genossen des KSB/ML erklärten ihre Solidarität mit den angeklagten Genossen und brachten nachfolgende Solidaritätsresolution ein, die einstimmig verabschiedet wurde.

„SOLIDARITÄTSRESOLUTION:

Am 12. Februar wurde im Prozeß zum Roten Antikriegstag 72 in München das Urteil gegen drei Genossen gesprochen: 18 Monate für Peter Bayer, 1 Jahr für Bernd Reiser, 1 Jahr für Hubert Lehmann. Mit diesem Terrorurteil gegen die kommunistische Gesinnung versucht die Bourgeoisie die Bevölkerung einzuschüchtern und die Niederlage wettzumachen, die sie vor 2 1/2 Jahren erhalten hat. Am Roten Antikriegstag 72 hatten 6 000 Demonstranten unter Führung der KPD/ML bewiesen, daß die herrschende Klasse nicht allmächtig ist, hatten sie das Demonstrationsverbot in München während der Olympiade durchbrochen, um dort, wo die Massen waren, gegen den imperialistischen Krieg zu demonstrieren. Der Kampf der verurteilten Genossen gegen Imperialismus und Krieg ist im Interesse des Volkes und damit gerecht. Deshalb gilt ihnen unsere volle Solidarität.

Ebenso solidarisieren wir uns mit dem gerechten antimilitaristischen Kampf der Genossen Winni und Erwin, die verurteilt werden sollen, weil sie in Stadt-Allendorf den Kampf gegen die imperialistische Bundeswehr geführt haben.

Die auf der Veranstaltung von KJV, KSV und Liga am 19. 2. versammelten Kollegen und Genossen fordern:

FREIHEIT FÜR DIE GENOSSEN PETER, BERND UND HUBERT!

FREISPRUCH FÜR DIE GENOSSEN WINNI UND ERWIN!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!"

Rot Front! Genossen des KSB/ML Marburg.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

KEMPTEN

Aus München hat Genosse Thomas K. einen Strafbefehl über 1 800 DM ersatzweise 90 Tage Haft wegen „gemeinschaftlichem Widerstand" und „gefährlicher Körperverletzung" erhalten. Ein Zivilspitzel der Polizei hatte im April 1974 versucht, Genossen ein Megaphon zu entreißen, das bei einem angemeldeten Literaturverkauf eingesetzt wurde. Daß es sich hier um eine Provokation handelt, wird allein daraus klar, daß der Spitzel sich trotz mehrmaligen Fragens nicht ausweisen wollte und dies erst eine Viertelstunde später tat, als er Thomas festnahm.

BIELEFELD

Mit einer einstweiligen Verfügung hat das Landgericht Bielefeld der presserechtlich verantwortlichen Genossin unserer Partei für Bielefeld, Giese-Przybille, unter Androhung einer Freiheitsstrafe verboten, zu schreiben,

– daß die ausländischen Kollegen mit Abschiebungs- und Ausweisungsterror unter Druck gesetzt werden, damit sie nicht gegen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen;

– daß die Rheinstahlkapitalisten politische Entlassungen vorgenommen haben;

– daß ein türkischer Betriebsrat und ein gekaufter Spitzel zwei klassenkämpferische türkische Kollegen bei den Rheinstahlkapitalisten denunziert haben, so daß sie entlassen wurden;

– daß die Betriebsräte Handlanger der Rheinstahlkapitalisten sind usw.

Diese einstweilige Verfügung wurde gemeinschaftlich von den Rheinstahlkapitalisten und dem Betriebsrat beantragt.

Mit der Begründung, „der Aufruf zum revolutionären Kampf gefährdet daher unmittelbar den Gewerbebetrieb" der Rheinstahlkapitalisten, enthüllt das Gericht offen, daß es dazu da ist, die Kapitalistenklasse zu schützen und zu verteidigen.

SPENDENKONTO:

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Sparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547

Die Theorie der Diktatur des Proletariats gewissenhaft studieren

Nach der 1. Sitzung des 4. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China veröffentlichten die „Rote Fahne" und die „Volkszeitung" eine wichtige Weisung des Genossen Mao Tsetung, die Weiterführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats betreffend. Wir drucken im Folgenden die Weisung des Vorsitzenden Mao Tsetung, wie sie von der Hsinhua-Nachrichtenagentur wiedergegeben wurde und einen kommentierenden Artikel aus der Zeitung „Rote Fahne" ab.

Unser großer Vorsitzender Mao gab kürzlich eine wichtige Weisung die Frage der Theorie betreffend.

Vorsitzender Mao sagte: **„Warum sprach Lenin von der Ausübung der Diktatur über die Bourgeoisie? Über diese Frage muß man sich Klarheit verschaffen. Mangelnde Klarheit in dieser Frage führt zu Revisionismus. Dies muß dem ganzen Land bewußt gemacht werden."**

In Bezug auf das sozialistische System sagte Vorsitzender Mao: **„Mit einem Wort, China ist ein sozialistisches Land. Es war vor der Befreiung so gut wie kapitalistisch. Jetzt noch wird ein Lohnsystem von acht Kategorien praktiziert, eine Verteilung jedem nach seiner Leistung und Austausch mittels Geldes, bei all dem gibt es nicht viel Unterschied zur alten Gesellschaft. Der Unterschied ist, daß sich die Eigentumsverhältnisse geändert haben."** Vorsitzender Mao wies darauf hin: **„Unser Land praktiziert gegenwärtig ein Warensystem und das Lohnsystem ist auch ungleich, es existiert das Acht-Kategorien-Lohnsystem usw. Diese Dinge können allein unter der Diktatur des Proletariats eingeschränkt werden. Sonst würde es für Leute wie Lin Biao ziemlich leicht sein, das kapitalistische System zu errichten, wenn sie an die Macht kommen. Deshalb sollten wir einige marxistisch-leninistische Werke mehr lesen."**

Vorsitzender Mao wies auch daraufhin: **„Lenin sagte, ‚die Kleinproduktion aber erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie'. Das trifft ebenfalls auf einen Teil der Arbeiter und einen Teil der Parteimitglieder zu. Sowohl in den Reihen des Proletariats wie unter den Staatsangestellten gibt es Leute, die dem bürgerlichen Lebensstil folgen."**

Die praktischen Erfahrungen aus der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius haben gezeigt, daß es durchaus notwendig ist, durch gewissenhaftes Studium und Erforschung der marxistischen Theorie der Diktatur des Proletariats in Verbindung mit den vergangenen wie den aktuellen Klassenkämpfen das Verständnis für die Festigung der Diktatur des Proletariats weiterhin zu vertiefen und das Bewußtsein für die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats zu erhöhen.

Die Quintessenz des Marxismus

Die Theorie der Diktatur des Proletariats ist die Quintessenz des Marxismus. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts an, als sich der Marxismus herausbildete, wurde die Losung aufgestellt, die Diktatur der Bourgeoisie durch die des Proletariats zu ersetzen. Später faßte Lenin die Erfahrungen der proletarischen Revolution in Rußland zusammen, bereicherte und entwickelte die marxistische Staatstheorie und bewies wiederholt die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Festigung der Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie. In China hat der Vorsitzende Mao nach dem Prinzip der Verbindung der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der chinesischen Revolution an der marxistisch-leninistischen Theorie über die Diktatur des Proletariats festgehalten und sie weiterentwickelt, die Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats aufgestellt und für uns eine grundlegende Linie für die ganze sozialistische Geschichtsperiode ausgearbeitet, eine Linie, die Chinas sozialistische Revolution siegreich voranführt.

Über ein Jahrhundert sind verstrichen, seit Marx und Engels ihre glanzvollen Ideen über die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats formulierten. In dieser Zeit haben das Proletariat und die Massen der anderen Werktätigen der Welt aufopfernd, mutig und beharrlich für den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats gekämpft; viele revolutionäre Kämpfer haben für dieses Ziel ihr Leben gegeben. Der erste sozialistische Staat der Welt ist unter die Herrschaft des Revisionismus gekommen und zu einem sozialimperialistischen Staat degeneriert. Das war für alle Revolutionäre eine tiefgreifende Lektion und hat sie zum besseren Erkennen der Wichtigkeit des Kampfes gegen den Revisionismus und für dessen Verhütung nach der Machtergreifung durch das Proletariat gebracht. Die Theorie des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen über die Diktatur des Proletariats ist die wissenschaftliche Schlußfolgerung, die aus den Erfahrungen der proletarischen revolutionären Kämpfe seit über einem Jahrhundert gezogen wurde. Diese Theorie hat einen sehr umfangreichen Inhalt. Viele Probleme werden von ihr grundsätzlich dargelegt, wie die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der proletarischen Revolution, die Zuspitzung und Kompliziertheit des Klassenkampfes in der geschichtlichen Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, das Wesen und die Aufgaben der Diktatur des Proletariats, der Unterschied zwischen der Diktatur des Proletariats und der Diktatur der Bourgeoisie, das Problem, wie unter der Diktatur des Proletariats die Widersprüche zwischen uns und dem Feind sowie die Widersprüche im Volk richtig zu behandeln sind, wie die Vorhut des Proletariats ihre Rolle behaupten und besser zur Geltung bringen kann, die Aufhebung der drei großen Unterschiede (Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeitern und Bauern und zwischen der geistigen und der körperlichen Arbeit) und das Absterben des Staats. Diese Theorie zeigt uns die Richtung, den Weg, die Prinzipien und die Politik für die Festigung der Diktatur des Proletariats und für die Verhütung der kapitalistischen Restauration und ist für die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau, welche wir heute durchführen, von äußerst großer, führender Bedeutung.

Studium für die Festigung der Diktatur des Proletariats

Unser Land befindet sich heute in der Periode der sozialistischen Gesellschaft unter der Diktatur des Proletariats. Es ist ein Grundproblem, das das historische Schicksal unserer Partei und unseres Staats sowie des Proletariats und der anderen werktätigen Massen betrifft, ob man in dieser Geschichtsperiode die Diktatur des Proletariats festigt, am sozialistischen Weg festhält, die Bourgeoisie beseitigt und durch langjährigen



Kampf und Umgestaltung allmählich die Bedingungen schafft, unter denen der Kapitalismus weder existieren noch wieder neu entstehen kann, oder ob man die Diktatur des Proletariats stürzt, den Kapitalismus restauriert, den Boden für die Entstehung des Kapitalismus bereitet, die Grundherrenklasse und die Bourgeoisie wieder an die Macht kommen läßt, um die Werktätigen auszubeuten und zu unterdrücken. Geleitet von der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao, hat das chinesische Volk in den vergangenen mehr als zwanzig Jahren im Bereich der Politik, der Wirtschaft, der Ideologie und der Kultur eine Reihe von Revolutionen, insbesondere die Große Proletarische Kulturrevolution und die gegenwärtige Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius, durchgeführt. All das zu dem Zweck, immer wieder dieses Problem zu lösen. Wir müssen unsere Revolution und unseren Aufbau weiterhin gut durchführen, damit unser Kampf gegen den Revisionismus und für seine Verhütung eine zuverlässige Garantie hat. Diesem Problem muß jeder Kommunist, jeder Funktionär, jeder Arbeiter, jeder Bauer, jeder Kämpfer der VBA und jeder Intellektuelle große Aufmerksamkeit schenken und die Theorie der Diktatur des Proletariats zu deren Festigung gewissenhaft studieren. Nur so wird es möglich zu unterscheiden, was Marxismus und was Revisionismus ist, und die grundlegende Linie der Partei in der ganzen sozialistischen Geschichtsperiode noch besser in die Tat umzusetzen.

Der Vorsitzende Mao sagt: **„Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen. Man muß die Wachsamkeit erhöhen. Man muß die Probleme der Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln, die Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die im Volk richtig voneinander unterscheiden und behandeln. Andernfalls wird sich ein sozialistischer Staat wie unserer in sein Gegenteil verwandeln, er wird entarten, und es wird zu einer Restauration kommen. Von nun an müssen wir jährlich, monatlich, ja täglich darüber sprechen, damit wir für dieses Problem ein verhältnismäßig nüchternes Verständnis haben und eine marxistisch-leninistische Linie besitzen können."** Diese vom Vorsitzenden Mao ausgearbeitete grundlegende Linie beruht auf der marxistisch-leninistischen Theorie über die Diktatur des Proletariats und auf der Praxis der chinesischen Revolution. Es ist unmöglich, die grundlegende Linie der Partei in der ganzen sozialistischen Geschichtsperiode, eine Reihe von Richtlinien und die Politik der Partei wirklich zu verstehen und in die Tat umzusetzen, wenn wir die Theorie der Diktatur des Proletariats nicht gewissenhaft studieren, die Gesetze des Klassenkampfes in der sozialistischen Periode nicht begreifen, die Widersprüche zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften sowie zwischen dem Überbau und der ökonomischen Basis nicht erkennen, die Natur und die Aufgabe der Diktatur des Proletariats nicht verstehen und den aktuellen Klassenkampf und den Kampf zweier Linien vergessen. Wer sich über die theoretischen und praktischen Probleme der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats nicht klar ist, wird in der Praxis versagen oder Fehler machen. Wenn wir die Frage der Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie nicht klar begreifen, werden wir dem Revisionismus verfallen. Unsere Erfahrungen in der revolutionären Praxis der vergangenen über 20 Jahre haben dies bewiesen. Auch die Erfahrungen in der Praxis der Großen Proletarischen Kulturrevolution und der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius haben das gezeigt.

Fortführung des Klassenkampfes in neuen Formen

Die marxistische Theorie über die Diktatur des Proletariats beruht auf der wissenschaftlichen Analyse der Tatsache, daß in der sozialistischen Gesellschaft noch Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe existieren. Lenin wies mit Nachdruck darauf hin: Die Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus ist **„unvermeidlich eine Periode unerhört erbitterten Klassenkampfes, unerhört scharfer Formen dieses Kampfes"** („Staat und Revolution"). Denn **„die Klasse der Ausbeuter, der Gutsbesitzer und Kapitalisten, ist unter der Diktatur des Proletariats nicht verschwunden und kann nicht auf einmal verschwinden"** („Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats"), sie hat noch eine internationale Basis und umfangreiche gesellschaftliche Verbindungen, sie wird einen erbitterten Widerstand leisten und ist jederzeit bereit, die Hoffnung auf eine Restauration in Versuche der Restauration zu verwandeln; denn **„die Kleinproduktion aber erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie"** („Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus"), und unter den Sowjetangestellten, Arbeitern und Parteimitgliedern kann es wegen der Zersetzung durch die bürgerliche Ideologie noch zu Degenerationserscheinungen kommen, und zwar, weil die Warenwirtschaft noch **„lebt, funktioniert, sich entwickelt, eine Bourgeoisie hervorbringt"** („VIII. Parteitag der KPR (B)"); weil **„das bürgerliche Recht (. . .) in Bezug auf die Verteilung der Konsumtionsmittel"** („Staat und Revolution") immer noch besteht. Ferner, weil die verschiedenartigen dekadenten Ideen, Traditionen und Gebräuche der Bourgeoisie die Gedanken mancher Menschen fesseln, ist dies ein Problem, dessen Lösung eine ziemlich lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Aus all diesen Gründen stellte Lenin immer wieder nachdrücklich fest: **„Die Diktatur des Proletariats ist nicht die Beendigung des Klassenkampfes, sondern seine Fortführung in neuen Formen."** („Vorwort zur Publikation der Rede ‚Über den Volksbetrug mit den Losungen Freiheit und Gleichheit' "). Eben diese Tatsache, daß in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus noch Klassenkämpfe existieren, negieren die alten wie neuen Revisionisten. So war es bei Bernstein und Kautsky und bei der Renegatenclique der Sowjetrevisionisten, bei Liu Schao-tschi und Lin Biao war es ebenso. Sie predigten lauthals die Theorie vom „Erlöschen des Klassenkampfes", mit dem Ziel, die Diktatur des Proletariats zu bekämpfen und zu stürzen und den Kapitalismus zu schützen und wiederherzustellen.

Gemäß dem Grundgesetz von der Einheit der Gegensätze verwies der Vorsitzende Mao darauf, daß nach der grundlegenden Vollendung der Umgestaltung des Systems des Eigentums an Produktionsmitteln in unserem sozialistischen Staat der Diktatur des Proletariats immer noch sowohl Übereinstimmung als auch Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften, zwischen dem Überbau und der ökonomischen Basis bestehen. **„Überreste der gestürzten Klassen der Grundherren und Kompradoren sind aber noch vorhanden, die Bourgeoisie besteht noch, und das Kleinbürgertum ist gerade erst im Begriff, sich umzuerziehen. Der Klassenkampf ist noch nicht zu Ende."** („Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke"). An der wirtschaftlichen Front ist der Kampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie und zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg trotz der wesentlichen Umwandlung des Eigentumssystems nicht zu Ende. Es ist eine Tatsache: Auf dem Lande wurde in China die Vergenossenschaftlichung verwirklicht, die Bauern haben den breiten Weg des Sozialismus eingeschlagen, die Volkskommune hat eine gewaltige Vitalität. Die Sabotageakte der Grundherren, Großbauern, Konterrevolutionäre, üblen Elemente und rechten Elemente, die nicht umerzogen wurden, hören aber nicht auf. Überbleibsel der Kleinproduktion bestehen noch, ein Teil der Bauern bewahrt in verschiedenem Grad noch Gewohnheiten der Kleinproduzenten, in den Dörfern treten oft spontan kapitalistische Kräfte zutage, und der Kampf zwischen dem sozialisti-

schen und dem kapitalistischen Weg ist immer noch sehr heftig. Es wird noch eine relativ lange Geschichtsperiode dauern, jene Teile des Eigentums, bei denen die sozialistische Umgestaltung nicht vollendet ist, sozialistisch umzugestalten. In den Industriebetrieben und Bergwerken gibt es noch immer die Frage, welche Linie durchgeführt werden soll. Die proletarische revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao leitet uns beim Festhalten an der sozialistischen Orientierung an. Aber wenn die revisionistische Linie in einer Einheit die Oberhand gewonnen hat, wird diese Einheit ihren Charakter ändern, in einer solchen Einheit ist das Eigentum der Form nach sozialistisch, in Wirklichkeit aber kapitalistisch. In der sozialistischen Gesellschaft bestehen noch die drei großen Unterschiede, und als Reflektion dieser Unterschiede ist das bürgerliche Recht noch vorhanden. Um durch die Diktatur des Proletariats diese Unterschiede einzuschränken und zu verringern, sind noch langwierige Kämpfe zu führen. Diese Situation zeigt uns, daß bei der Arbeit der Wirtschaft auf den Kampf zwischen den zwei Klassen, zwischen den zwei Wegen und zwischen den zwei Linien und auf die Lösung von Problemen, die die Produktionsverhältnisse betreffen, große Aufmerksamkeit gelegt werden muß. Wir müssen die Theorie der Diktatur des Proletariats gewissenhaft studieren, unsere Erkenntnisse der Richtlinie **„Die Revolution anpacken, die Produktion fördern"** vertiefen und unser Verständnis für die Durchführung der grundlegenden Linie der Partei erhöhen. Nur durch gewissenhaftes Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats können wir die von Liu Schao-tschi und Lin Biao befürworteten Falschheiten, die sich ausdrückten: in der Festsetzung fixer Ablieferungsquoten für die einzelnen Haushalte, wobei deren Mehr- bzw. Mindererertrag zu ihren Gunsten bzw. zu ihren Lasten gehen sollte, im materiellen Anreiz und im Ökonomismus, können wir kapitalistische Tendenzen, solch falsche Ansichten und solch falsches Herangehen wie das blinde Anbeten alles Ausländischen und das Hinterdreinkriechen im Schneckentempo, übermäßigen Aufwand und Verschwendung tiefgehend kritisieren, die Entwicklung der sozialistischen Revolution an der wirtschaftlichen Front fördern und die Aufgabe der Konsolidierung der Diktatur des Proletariats bis in jeden Betrieb, jedes Dorf, in jede Grundorganisation hinein erfüllen.

DOKUMENTE DER 1.TAGUNG DES 4.NATIONALEN VOLKSKONGRESSES DER VR CHINA

INHALT:

- DIE VERFASSUNG DER VOLKSREPUBLIK CHINA
- DSCHANG TSCHUN-TJIO, BERICHT ÜBER DIE ABÄNDERUNG DER VERFASSUNG
- TSCHOU EN-LAI BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER REGIERUNG
- BEKANNTMACHUNGEN, PRESSEKOMMUNIQUE UND RESOLUTIONEN USW.

Format: 13 x 18,5 cm / Broschiert: 0,85 DM / Halbleinen: 1,40 DM

VERLAG FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR, Peking.

Zu bestellen bei:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2000 Hbg. 11, Postfach 11 16 49, Telefon: 040 / 4 10 17 36, Pschkto. Hmb 1935 72-207



In enger Verbindung mit ihrer Praxis studieren die chinesischen Arbeiter und Bauern den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen

Revolution im Bereich des Überbaus

Die marxistische Theorie der Diktatur des Proletariats betont die Wichtigkeit der Revolution im Überbau einschließlich aller kulturellen Bereiche. Nach dem Sturz der Bourgeoisie existieren deren Ideen noch lange Zeit in der Politik, der Wirtschaft, der Ideologie und der Kultur weiter und werden zum Hauptmittel, mit dem die Bourgeoisie das Proletariat angreift und die öffentliche Meinung für die Restauration des Kapitalismus schafft. Die Existenz der Klassen und Klassenkämpfe, die Existenz des bürgerlichen Rechts und die zersetzende Wirkung der bürgerlichen Ideologie produzieren nicht nur unter Kleinproduzenten den Kapitalismus, sondern sind auch die Ursache, daß unter einem Teil der Parteimitglieder, unter einem Teil der Arbeiter, unter einem Teil der Staatsfunktionäre und Intellektuellen neue bürgerliche bzw. degenerierte Elemente entstehen. **„Das Proletariat muß im Bereich des Überbaus einschließlich aller Sektoren der Kultur eine allseitige Diktatur über die Bourgeoisie ausüben."** Dies fordert von uns, die Theorie der Diktatur des Proletariats gewissenhaft zu studieren, mit Hilfe dieser Theorie die Probleme des Klassenkampfes in allen Sektoren des Überbaus zu analysieren, zu untersuchen und zu lösen, den Einfluß der Ideologie der Bourgeoisie und aller anderen Ausbeuterklassen allmählich zu beseitigen und mit dem Marxismus alle Positionen des Überbaus zu erobern. Nur wenn wir die Bedeutung und das Ziel der Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie wirklich klar und deutlich erkennen, können wir den gesamten, der sozialistischen ökonomischen Basis nicht entsprechenden Überbau bewußt umgestalten, entschieden das sozialistische Neue in den verschiedenen Bereichen unterstützen und die proletarische Revolution fördern.

Die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius ist ein politischer und ideologischer Kampf im Bereich des Überbaus, in dem der Marxismus über den Revisionismus und das Proletariat über die Bourgeoisie siegen wird. Das gewissenhafte Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats kann einen kräftigen Antrieb geben, die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius umfangreich, tiefgehend und anhaltend weiterzuführen. Lin Biao predigte immer wieder die Doktrinen von Konfuzius und Menzius und verbreitete viele revisionistische falsche Ansichten. Das eben war der konzentrierte Ausdruck des Kampfes gegen die Diktatur des Proletariats. Das Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats, kann uns helfen, die reaktionäre Natur Lin Biaos, der die Restauration und den Rückschritt herbeizuführen versuchte, noch besser zu verstehen und die revisionistische Linie Lin Biaos und die Doktrinen von Konfuzius und Menzius auf dem Gebiet der Theorie tiefschürfender und gründlicher zu kritisieren. Das Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats kann uns auch helfen, beim Studium der Geschichte des Kampfes zwischen der konfuzianischen und der legalistischen Schule und der Klassenkämpfe insgesamt die Vergangenheit wirklich in den Dienst der Gegenwart zu stellen und aus der Geschichte noch gründlicher die nützlichen Erfahrungen und Lehren für die Konsolidierung der Diktatur des Proletariats zusammenzufassen. Das Auftauchen eines Mannes wie Lin Biao, wie das aller Revisionisten, ist kein Zufall, keine Einzelerscheinung. Die parteifeindliche Clique um Lin Biao vertrat eine Klasse, es gibt einen Klassenursprung und eine gesellschaftliche Basis für ihre Entstehung. Das Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats kann uns helfen, in der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius die Ursprünge des Revisionismus noch tiefer gehend zu erkennen, und ermöglicht es uns deshalb, an allen Fronten den Kampf gegen den Revisionismus und für dessen Verhütung, den Kampf für die Festigung der Diktatur des Proletariats besser zu führen.

Die Massen mit der Theorie der Diktatur des Proletariats wappnen

Jedes Parteimitglied, jeder Kader, Arbeiter, Bauer, VBA-Kämpfer und jeder Intellektuelle muß die Theorie der Diktatur des Proletariats studieren, verstehen und sich hierüber Klarheit verschaffen. Der Kampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, der Kampf zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg findet notwendigerweise seinen Niederschlag in den Köpfen der Menschen. Jeder Kommunist und Revolutionär steht ausnahmslos vor der Frage, ob er an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festhält oder nicht und wie er diese Revolution beharrlich weiterführen soll. Dies fordert von uns, das theoretische Studium mit unserem Denken eng zu verbinden und bei der Umgestaltung der objektiven Welt ununterbrochen unsere eigene subjektive Welt umzuformen. Der Vorsitzende Mao lehrt: **„Beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft bedarf jeder einer Umerziehung: der Ausbeuter wie der Werktätige."** („Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke") **„Alle müssen studieren und sich umerziehen."** („Rede auf der Landeskonferenz der KP Chinas über Propagandaarbeit") Können die Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten ununterbrochen ihr kommunistisches Bewußtsein erhöhen, sich dem zersetzenden Einfluß der bürgerlichen Ideen und des bürgerlichen Arbeitsstils entgegenstemmen und die revolutionären Eigenschaften der Werktätigen beibehalten? Können die Intellektuellen mit dem Marxismus ihren Standpunkt, ihre Auffassungen und Methoden weiter umformen, den Idealismus und die metaphysischen Ideen kritisieren, am Dienst an der proletarischen Politik und an der Verbindung mit den Arbeiter- und Bauernmassen festhalten? Denken die Parteimitglieder, die revolutionären Kader bei jeder Gelegenheit zuerst an sich oder machen sie mit Leib und Seele die Revolution und dienen sie vorbehaltlos dem Volke? Setzen sie sich das Niveau der fortgeschrittensten Angehörigen des Proletariats als Maßstab oder senken sie ihr Niveau auf das der einfachen Werktätigen oder gar auf das des Kleinbürgertums und der Bourgeoisie? Halten sie daran fest, über 95 Prozent der Massen und Kader zur Konsolidierung der Diktatur des Proletariats eng zusammenzuschließen, oder praktizieren sie Sektierertum und Spaltertum? All dies gehört zu den Fragen der Weltanschauung, die mit Hilfe des Studiums der Theorie der Diktatur des Proletariats gewissenhaft gelöst werden müssen. Die leitenden Kader der Partei müssen mit gutem Studium vorangehen. Das grundlegende Programm unserer Partei ist, die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen restlos zu stürzen, die Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats zu ersetzen, den Kapitalismus durch den Sozialismus zu besiegen und schließlich den Kommunismus zu verwirklichen. Dieses Programm wurde auf der Grundlage der Theorie der Diktatur des Proletariats aufgestellt. Versteht man diese Theorie, kann man verstehen, wie dieses Programm in die Tat umgesetzt werden soll, kann man an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festhalten, kann man immer vor dem zersetzenden Einfluß der bürgerlichen Ideologie auf der Hut sein und daran festhalten, **„die Eigensucht zu bekämpfen und den Revisionismus zu verurteilen"**. Nur auf diese Weise kann man einen starken revolutionären Kampfwillen beibehalten und der Forderung des Vorsitzenden Mao, **„Wir müssen eine solche Energie, einen solchen revolutionären Enthusiasmus und einen solchen Geist des vollen Einsatzes beibehalten, wie sie früher während der Perioden der revolutionären Kriege an den Tag gelegt wurden, um die revolutionäre Arbeit zu Ende zu führen"**, gerecht werden.

Nach der Oktoberrevolution sagte Lenin den Zuhörern, als er an einer Universität eine Vorlesung über die marxistische Staatstheorie hielt: **„Ich hoffe auch, daß Sie in Ergänzung zu den Aussprachen und Vorlesungen eine gewisse Zeit der Lektüre wenigstens einiger der wichtigsten Werke von Marx und Engels widmen werden."** („Über den Staat") Das gilt auch für unser Studium. Um uns die Theorie der Diktatur des Proletariats noch besser anzueignen, können wir neben den Schriften „Kritik des Gothaer Programms", „Staat und Revolution" und „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke" und anderen im Plan vorgesehenen Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin und Schriften des Vorsitzenden Mao noch einige Schriften wie Lenins „Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats" und „Die große Initiative" sowie die Schriften des Vorsitzenden Mao „Bericht auf der zweiten Plenartagung des vom siebten Parteitag gewählten Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas", „Über die demokratische Diktatur des Volkes" und andere studieren. In Ergänzung dazu können aus den Schriften der Klassiker des Marxismus-Leninismus und denen des Vorsitzenden Mao über die Diktatur des Proletariats einige ausgewählte oder betreffende Abschnitte zitiert werden, um sie den breiten Volksmassen zum Studium zur Verfügung zu stellen. Beharrliches und zähes Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin und der Schriften des Vorsitzenden Mao ist ein grundlegender Weg, die Theorie der Diktatur des Proletariats zu verstehen und sich zu eigen zu machen. Wir müssen Mühe auf diese Lektüre verwenden. Außerdem müssen wir mit der Methode der Verbindung von Theorie und Praxis einige exemplarische Untersuchungen und Studien anstellen. Einige grundlegende Fragen müssen wirklich geklärt werden, solche wie: Warum existieren in der historischen Periode des Sozialismus noch Klassenkämpfe und was sind ihre Gesetzmäßigkeiten? Warum kann Revisionismus auftauchen? Warum muß das Proletariat im Bereich des Überbaus, einschließlich aller Sektoren der Kultur, eine allseitige Diktatur über die Bourgeoisie ausüben und wie übt es diese Diktatur aus? Warum müssen wir an der grundlegenden Linie der Partei festhalten? Warum muß die einheitliche Führung der Partei gestärkt werden und wie kann sie gestärkt werden? Wenn wir beharrlich und andauernd in Verbindung mit der Praxis lesen und studieren, können wir ein klareres Verständnis für die marxistische Theorie der Diktatur des Proletariats erlangen.

In der Großen Proletarischen Kulturrevolution und in der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius sind viele Genossen zu der tiefen Einsicht gekommen, daß die revolutionäre Theorie zu studieren oder nicht zu studieren eine Frage der Linie ist und daß es eine prinzipielle Frage ist, ob man den Marxismus oder den Revisionismus praktiziert. Wenn wir nicht über die Theorie orientiert sind, so können wir in der Praxis auf Irrwege geraten. Mit diesem Verständnis haben wir unser Bewußtsein für das Studium des Marxismus erhöht. Wir sind der Überzeugung, daß das gewissenhafte Studium der im Marxismus, im Leninismus, in den Maotsetungideen dargelegten Theorie der Diktatur des Proletariats dazu führen wird, daß die sozialistische Revolution und der sozialistische Aufbau unseres Landes noch schnellere und sprunghafte Fortschritt machen werden.



Die in der Großen Proletarischen Kulturrevolution gebaute Yangtse-Brücke bei Nanking
Im Vertrauen auf die eigene Kraft, gerüstet mit den Maotsetungideen, überwand die chinesische Arbeiterklasse große Schwierigkeiten beim Bau dieser großartigen Brücke, die eine wichtige Straßen- und Zugverbindung ist.

Abschlußbericht des Guillaume-Ausschusses

Moskaus Spionage wird in Bonn vertuscht

In Bonn hat der parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Klärung der Guillaume-Affäre einen Abschlußbericht vorgelegt. Wer darin aber nun Aufschluß über die Hintergründe der Spionagetätigkeit des Agenten Guillaume zu finden glaubt, sucht vergebens. Vielmehr ist der Bericht von Anfang bis Ende bestimmt durch die Versuche der bürgerlichen Parteien, sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben und sich selbst jeweils als Garanten der Sicherheit des Landes hinzustellen.

Das Ergebnis der parlamentarischen Untersuchung entlarvt, daß die großen Worte der bürgerlichen Parteien, die Hintergründe des Spionagefalles im Untersuchungsausschuß restlos aufzuklären, leere Versprechungen waren. Im Gegenteil, es wurden von allen Parteien große Anstrengungen gemacht, um die wahren Hintergründe der Affäre zu vertuschen und das Parteiengezänk in den Vordergrund von Schlagzeilen und Berichterstattung zu rücken.

Günter Guillaume sitzt immer noch in seiner Zelle – nach eigenen Angaben fett geworden – ohne daß dieser Agent des sowjetischen Sozialimperialismus angeklagt worden wäre. Über 10 Monate nach der Verhaftung dieses Agenten haben die westdeutschen Imperialisten noch nicht einmal Protest bei der Moskauer Botschaft eingereicht. Verharmlosend wird Guillaume immer noch als Spion des DDR-Sicherheitsdienstes bezeichnet, obgleich hinter diesem Sicherheitsdienst niemand anderes als der sowjetische Sozialimperialismus mit seinen aggressiven Supermachtinteressen steckt.

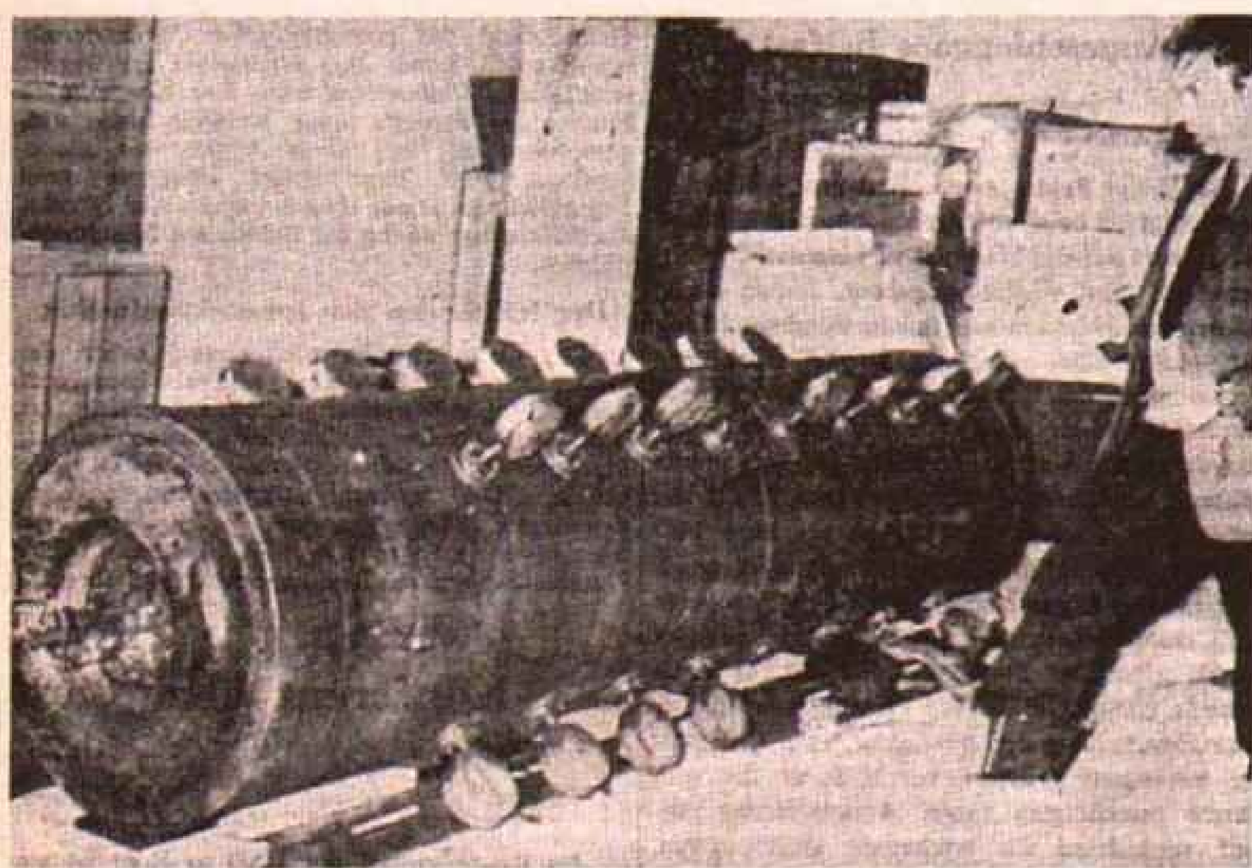
Daß die westdeutschen Imperialisten und ihr Parlament dennoch die Tatsachen beharrlich verdrehen und verschweigen hat seinen Grund. **Sie fürchten, daß ihre als „Friedenswerk" deklarierte Zusammenarbeit mit den sowjetischen Sozialimperialisten in breitem Maße als das erkannt wird, was sie tatsächlich ist: als imperialistischer Schacher mit einer aggressiven Supermacht, die mit Spionage, Subversion, politischen Händeln versucht, die aggressive Errichtung ihrer Vorherrschaft über ganz Europa vorzubereiten, als Zusammenarbeit mit einer kriegsdrohenden Supermacht, von der sich die westdeutschen Imperialisten versprechen, ihren revanchistischen Zielen gegenüber der DDR näher zu kommen.** Schon im Mai, kurz nach der Verhaftung Guillaumes, schrieb der ROTE MORGEN: *„Und wenn es ihnen nicht in ihren imperialistischen Schacher mit den sowjetischen Sozialimperialisten paßt, wird es auch keine Bestrafung Guillaumes geben."*

Die Behandlung der Spionageaffäre Guillaume durch die westdeutschen Imperialisten zeigt, daß sie offenbar gewillt sind, für die eigenen imperialistischen Interessen sich ihren Schacher mit Moskau nicht zu verderben und Guillaume, so weit es geht, zu schonen. **Eben die Herren, die in Bonn sich so lauthals darum streiten, wer von ihnen am besten die Sicherheit des Landes garantiert, sind bereit, für die Interessen des westdeutschen Imperialismus, unser Volk der Gefahr durch die aggressiven Absichten des sowjetischen Sozialimperialismus auszusetzen.**

Das immer offener aggressive Auftreten der sowjetischen Sozialimperialisten im Ringen mit der anderen Supermacht, den USA, um die Vorherrschaft in Europa, ihre verstärkte Aufrüstung an den Grenzen Nord-, Süd- und Osteuropas, ihre zunehmende Spionagetätigkeit in allen Ländern des Westens, ihre allseitigen Versuche, durch wirtschaftliche und politische Verträge mehr Position in Westeuropa zu beziehen – all das läßt an ihren Absichten keinerlei Zweifel. Ihre Ziele richten sich gegen die Sicherheit unseres Volkes, gegen die Sicherheit der Völker Europas.

Für unser Volk und für alle Völker Europas gilt es daher wachsam zu sein und den Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zu verstärken, jedem Versuch, in Westeuropa einzudringen, entschieden entgegenzutreten, gilt es, für solche Agenten wie Guillaume, Vorboten der sowjetischen Vorherrschaftsinteressen, strenge Bestrafung zu verlangen. **Kein Pardon für Moskauer Spione! Kampf dem sowjetischen Sozialimperialismus!**

Sowjetische Spionagegeräte vor der isländischen Küste



Von diesem röhrenförmigen Unterwasser-Abhörgerät wurden an Islands Küste zwei Exemplare angeschwemmt. Die technischen Installationen mit kyrillischer Beschriftung zeigen, daß diese Abhörgeräte zum Spionagearsenal der sowjetischen Sozialimperialisten und ihres Warschauer Paktes gehören. Sie dienen dieser aggressiven Supermacht dazu, den Schiffsverkehr – vor allem von U-Booten – im Bereich um Island auszuspionieren, um ihre Aggressionsvorhaben entsprechend vorbereiten zu können.

Allon in Bonn

Zig Millionen für die antiarabische Aggression

In der letzten Woche kam der israelische Außenminister Allon nach Bonn, um mit Genscher und Schmidt über die Unterstützung der westdeutschen Imperialisten für die israelischen Zionisten zu verhandeln. Wiederholt wurde im Verlauf der Gespräche hervorgehoben, daß die Beziehungen zwischen den westdeutschen Imperialisten und den israelischen Zionisten einen besonders engen und herzlichen Charakter hätten. Dieses Treffen entlarvte deutlich die angeblich „neutrale Haltung" Bonns im Nahen Osten: Es war ein Treffen gegen die arabischen Völker.

Im Ergebnis der Gespräche werden die westdeutschen Imperialisten den israelischen Zionisten weiterhin jährlich eine Kapitalhilfe von 140 Millionen DM zahlen. Selbst Allon war überrascht und stellte fest, daß seine kühnsten Erwartungen noch übertroffen worden seien. Für die israelischen Zionisten ist diese Unterstützung von großer Bedeutung. Zum einen, weil die durch und durch militarisierte Wirtschaft Israels seit langem bankrott ist und sich nur noch durch die finanzielle Unterstützung der Imperialisten, darunter vor allem natürlich die US-Imperialisten, aufrechterhalten kann. Jeder US-Dollar, jede Mark ermöglicht es den israelischen Imperialisten, ihren Kriegshaushalt gegen die arabischen Völker zu erhöhen. Zum anderen aber bedeutet die Unterstützung der westdeutschen Imperialisten für die israelischen Zionisten, die weltweit immer mehr isoliert sind, eine politische Unterstützung ihrer antiarabischen Aggression.

Dabei geht die tatsächliche Unterstützung der israelischen Zionisten noch weit über die angegebenen 140 Millionen DM hinaus. Allein Springer zahlt von den Profiten seines Zeitungsmonopols jährlich Millionen an die israelischen Zionisten, die dem imperialistischen Gewerkschaftsapparat eigene „Bank für Gemeinwirtschaft" unterstützt mit Millionen-Investitionen die israelischen Zionisten. In der Tat sind dies Zeugnisse der engen Verbindung zwischen den aggressiven israelischen Zionisten und den westdeutschen Imperialisten. Nicht anders die sogenannte „Wiedergutmachungszahlung" aus Bonn. Milliarden haben die israelischen Zionisten bereits erhalten. **600 Millionen – so wurde vereinbart – sollen noch gezahlt werden. Das Geld soll insbesondere an jüdische Sowjetbürger, die von den sowjetischen Sozialimperialisten nach Israel geschickt werden, gezahlt werden. Praktisch bedeutet das, daß die westdeutschen Imperialisten sowjetischen Juden, die nach Israel auswandern und sich in den Dienst der israelischen Zionisten gegen die arabischen Völker stellen, den Sold zahlen.**

Begründet werden diese Unterstützungsgelder mit besonderen Verpflichtungen, die das deutsche Volk gegenüber Israel wegen der Verbrechen des Hitlerfaschismus habe. Doch diese Begründung ist lediglich eine Propagandalüge, die die finanzielle Unterstützung der Aggression gegen die arabischen Völker decken soll. Zum einen ist es nicht das deutsche Volk, sondern sind es die deutschen Imperialisten, die Krupp, Thyssen, Flick, die diese Verbrechen zu verantworten haben. Zum anderen aber: **Geht es den westdeutschen Imperialisten denn um „Wiedergutmachung", wie sie sagen? Warum z. B. haben sie dann der Volksrepublik Albanien bisher keinen einzigen Pfennig Kriegsschadensersatz gezahlt, obgleich dieser Schaden in die Milliarden geht? Warum haben auch andere Länder, die ebenfalls durch den Überfall des Hitlerfaschismus schweren Schaden erlitten haben, keine „Wiedergutmachung" erhalten?** Weil die „Wiedergutmachungszahlung" nichts anderes als ein politisches Instrument zur Durchsetzung der Interessen der westdeutschen Imperialisten ist. Im Fall Israel bedeutet das: Unterdrückung der arabischen Völker, insbesondere des palästinensischen Volkes, um die Ausplünderung der arabischen Völker durch den Imperialismus aufrechtzuerhalten.

„Wiedergutmachung für die faschistischen und rassistischen Verbrechen der Hitlerdiktatur", heißt es, jedoch werden die Gelder in Israel genau dazu eingesetzt, um faschistische und rassistische Verbrechen an den arabischen Völkern zu begehen. Hunderttausende Palästinenser wurden von ihrem Land und aus ihren Häusern von den israelischen Zionisten mit Mord und Terror verjagt, viele von ihnen wurden bei Massakern der Zionisten wie in Kafr Qasem mit ihren Familien umgebracht. Kriege wurden von den israelischen Zionisten u. a. auch mit diesen Milliarden gegen die arabischen Länder geführt. Der Terror, unterstützt durch die „Wiedergutmachungszahlungen", unterscheidet sich im wesentlichen nicht von dem Hitlerterror, für den angeblich diese „Wiedergutmachung" gezahlt wird. Die Versuche der westdeutschen Imperialisten, die Zahlungen an die israelischen Zionisten als Forderung der Antifaschisten hinzustellen, soll dies vertuschen.

Die wirklichen Antifaschisten stehen nicht auf der Seite der zionistischen Aggression, sondern auf der Seite des palästinensischen Volkes, das gegen die Rassenpolitik, gegen die faschistische Unterdrückung, gegen die Herrschaft des israelischen Zionismus kämpft, um seine nationalen Rechte in vollem Umfang wiederherzustellen. Nicht der zionistischen Aggression gilt die Unterstützung der Antifaschisten, sondern dem Kampf der arabischen Völker, die sich gegen die zionistische Aggression erheben sowie gegen die Imperialisten, insbesondere die beiden Supermächte, in deren Interesse und mit deren Unterstützung die israelischen Zionisten gegen die arabischen Völker vorgehen.

Die westdeutschen Imperialisten – das hat der Allon-Besuch in Bonn gezeigt – haben in der Tat „besondere Beziehungen" zu den israelischen Zionisten: sie sind neben den beiden Supermächten USA und Sowjetunion ein enger Gefährte bei der Aggression gegen die arabischen Länder.

Zypernfrage im UN-Sicherheitsrat

Moskau mischt sich immer offener ein

Auf der letzten Sitzung des UNO-Sicherheitsrates versuchten die sowjetischen Sozialimperialisten erneut, ihre Vorschläge zur Einmischung beider Supermächte in der Zypernfrage durchzusetzen. Diese Manöver wurden entschieden vom UNO-Delegationsleiter der Volksrepublik China, Genossen Huang Hua, zurückgewiesen und entlarvt als das typische Vorgehen einer sozialimperialistischen Supermacht.

Der Vertreter der sowjetischen Sozialimperialisten, Malik, brachte unverfroren auf dieser Sitzung erneut die schon einmal entlarvten Forderungen der Moskauer Kremlzaren vor: Die Entsendung einer Kommission des Weltsicherheitsrates nach Zypern sowie die Einberufung einer internationalen Zypernkonferenz. Es war das Bestreben beider Supermächte, die erst die Ereignisse auf Zypern im Grunde provoziert haben, sich jetzt in der Rolle des Schiedsrichters aufzuspielen, der seine Verantwortung übernehmen will – was in diesem Fall bedeutet, die Zypernfrage den beiden Supermächten zu überlassen und dieses Land ihrer imperialistischen Raubgier auszuliefern.

Doch der Delegationsleiter der Volksrepublik China, Genosse Huang Hua, **entlarvte dieses Vorgehen beider Supermächte in der Zypernfrage. Eine Lösung des Problems, sagte er, könne nur von den betroffenen Parteien auf dem Verhandlungswege und ohne Einmischung der Supermächte gefunden werden. Die zwei Supermächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, seien jedoch an einer solchen Einmischung interessiert. Der Vorschlag der Sowjetunion, eine internationale Konferenz einzuberufen, sagte Genosse Huang Hua, an der auf jeden Fall die fünf Mitglieder des Weltsicherheitsrates beteiligt wären, diene nur dem Ziel, eine Einmischung der Sowjetunion zu ermöglichen.** Mit der VR China forderte auch Saudiarabien vor dem Weltsicherheitsrat, eine Konferenz lediglich der betroffenen Parteien unter Ausschluß beider Supermächte.

Maliks Antwort bestand nur aus Hetztiraden gegen die VR China, in denen er mit einem Krieg zwischen beiden Supermächten drohte. Dies zeigt deutlich, daß er sich als Vertreter der sowjetischen Sozialimperialisten empfindlich bloßgestellt und getroffen fühlte. Hatte Malik zu Beginn der Sitzung noch versucht, durch lautes Geschrei über die finstere Rolle „gewisser Nato-Kreise" von der eigenen finsterer Rolle, den eigenen Supermachtsinteressen abzulenken, so zeigte der Verlauf der Sicherheitsrats-Sitzung zur Zypernfrage immer deutlicher daß die beiden Supermächte in ihrer Gier, sich andere Länder einzuverleiben, strategische Stützpunkte zu erobern, sich gegenseitig die Vorherrschaft streitig zu machen und nach Hegemonie zu streben sich in nichts nachstehen. Ihr Konkurrenzkampf um die Vorherrschaft in allen Teilen der Welt, vor allem aber in Europa, hat zur Verschärfung des Zypernkonflikts geführt. Eine friedliche Lösung dieses Konfliktes wird daher nur möglich sein unter Ausschluß beider Supermächte und im Kampf gegen die ständigen Versuche, sich in die Angelegenheiten Zypern, der Türkei und Griechenlands einzumischen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Phnom Penh

"Wir warten auf die Ankunft der Volksstreitkräfte in der Stadt"

Angesichts der großartigen Erfolge, die die kambodschanischen Volksstreitkräfte seit dem Beginn der Offensive Tag um Tag erringen, haben die amerikanischen Imperialisten ihre verbrecherischen Aggressionen gegen das kambodschanische Volk, ihre militärische und wirtschaftliche Hilfe für das Lon Nol-Regime ständig verstärkt, um die Verräter zu retten und dem kambodschanischen Volk das Joch des Neokolonialismus aufzuerlegen.

Schon am 24. Januar hat die Regierung Ford angekündigt, daß sie vom amerikanischen Kongreß weitere 200 Millionen Dollar fordern wird, um das Lon Nol-Regime mit Waffen, Munition, Treibstoff zu versorgen. Bereits im Januar flogen amerikanische Flugzeuge 30-40 mal am Tag Phnom Penh an und nun soll auf dem Flugplatz Pochentong alle 20 Minuten ein US-Flugzeug mit Nachschub für die Lon Nol-Clique landen. **In der ganzen Zeit haben die amerikanischen Imperialisten außerdem ihr Bombardement der befreiten Gebiete fortgesetzt.** Um den Sturm der Volksbefreiungsstreitkräfte auf Phnom Penh zu stoppen, bombardierte die Lon Nol-Clique Mitte Januar Vororte von Phnom Penh und die weltberühmten Tempel von Angkor Vat. **Bei den Bombardements setzten die amerikanischen Imperialisten und ihr Lakai Lon Nol neuartige Aerosol-Bomben ein, um die Bevölkerung der befreiten Gebiete und die Soldaten der Volksstreitkräfte zu töten. Diese Bombe ist eine grausame Waffe, sie ist erfunden und entwickelt für den Völkermord. Ihre Wirkung besteht darin, daß sie der Luft bei ihrem Aufschlag in einem Umkreis von 32 Metern jeglichen Sauerstoff entzieht und so die Lungen der Menschen platzen läßt.**

Aerosolbomben, Giftgas, Phosphor- und Napalmbomben, Flächenbombardements der Dörfer und Äcker, das ist das verbrecherische Gesicht des Aggressionskrieges, den die USA-Imperialisten nun seit fast fünf Jahren gegen das kambodschanische Volk führen, um es zu unterdrücken und zu versklaven. Das ist die Politik des Völkermords und der ungezügelten Aggression, die sie niemals aufgeben werden, solange sie nicht vollständig aus Kambodscha verjagt worden sind.

Unter der Führung der Nationalen Einheitsfront und der Königlichen Regierung der Nationalen Union hat sich das kambodschanische Volk von Anfang an wie ein Mann gegen die amerikanischen Imperialisten und die Verräterclique um Lon Nol erhoben und den Weg des revolutionären Volkskrieges eingeschlagen, den einzigen Weg, um die Freiheit und Unabhängigkeit der Nation und des ganzen Volkes zu erkämpfen.

Seit dem Beginn der großen Offensive am 1. Januar sind die Volksstreitkräfte bis auf 2 km an Phnom Penh herangerückt und haben die Stadt völlig eingekreist. Der Mekong ist fest in ihrer Hand, die Piste des Flughafens Pochentong, des letzten Nachschubweges für die Verräter, ist weitgehend zerstört und liegt unter dem ständigen Beschuß der Volksstreitkräfte, ebenso wie die Institutionen und Einrichtungen der Verräter in der Stadt selbst.

> **Spendet zur Unterstützung des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes auf das Konto:**
>
> **Vorstand der KPD/ML**
> **Spendenkonto**
> **Stadtsparkasse Dortmund**
> **Kto. Nr. 321 004 547**
> **Stichwort: KAMBODSCHA**

Angesichts dieser Lage haben die amerikanischen Imperialisten gegen die Nationale Einheitsfront, die Königliche Regierung der Nationalen Union und die Volksstreitkräfte eine wüste Hetze entfacht, um ihre Aggression und ihre verstärkte Unterstützung für das Lon Nol-Regime zu rechtfertigen und die Völker zu täuschen. Die befreiten Gebiete, eine „Hölle der Roten Khmer", hunderttausende von Flüchtlingen auf der „Flucht vor den Kommunisten", Hunger in Phnom Penh, weil die Volksstreitkräfte den Nachschub verhindern, Bomben der Volksstreitkräfte auf die Zivilbevölkerung – so soll es angeblich in Kambodscha aussehen.



Im Januar gingen mehr als 60 900 Einwohner von Vororten Phnom Penhs und mehr als 40 000 Einwohner des inneren Teil des Mekong in die befreiten Gebiete.

Was die Bomben angeht, so sind es die amerikanischen Imperialisten selbst, die die Dörfer und Städte in den befreiten Gebieten bombardieren, die sie auf die Vororte von Phnom Penh werfen, um den Vormarsch der Volksstreitkräfte zu stoppen.

Und die hunderttausende von Flüchtlingen in Phnom Penh sind nicht vor den Volksstreitkräften geflohen, sondern von den fliehenden Truppen Lon Nols gezwungen worden, ihre Dörfer, ihre Heimat zu verlassen, um dem Regime als Kanonenfutter in seiner Marionettenarmee zu dienen. **In Wirklichkeit haben seit Beginn der großen Offensive über 100 000 Menschen aus der Umgebung Phnom Penhs und des Mekongs die Gebiete, die sich noch in der Kontrolle der Verräter befanden, verlassen und sind in die befreiten Gebiete gegangen, um sich am Kampf für die Befreiung ihrer Heimat zu beteiligen.**

Tatsache ist außerdem, daß sich in den Depots und Lagern der Verräterclique unzählige Tonnen Reis, Salz und andere Lebensmittel befinden, die sie horten und mit denen sie spekulieren. Anfang Februar haben einhundert Menschen ein Reisdepot des Verräters Long Boret gestürmt und 27 Säcke Reis und 5 Säcke Salz erobert.

Wie sie haben sich die Volksmassen in Phnom Penh erhoben und kämpften gegen die Verräterclique. Sie treten in den Streik, kämpfen gegen die Zwangsrekrutierung für die Marionettenarmee der Verräter und weigern sich, den „Tagesbefehl" Lon Nols vom 5. Februar – in jedem Viertel Gräben auszuheben und sie mit angespitzten Pfählen zu versehen, Reis an die Armee zu liefern, bewaffnet Wache zu halten und sich in bewaffneten Gruppen zum Schutz der Verräterclique zu organisieren – auszuführen. **„Wir warten nur noch auf die Ankunft der Volksstreitkräfte in der Stadt, um mit ihr gemeinsam die Verräter Lon Nol, Long Boret und Sosthene Fernandez vernichten zu können", ist der sehnlichste Wunsch der breiten Volksmassen von Phnom Penh.**

"Nuova Unita" entlarvt

Berlinguer im Dienst des Kapitals

Im Dezember des letzten Jahres entlarvte „Nuova Unita", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten den Bericht, den Berlinguer, der Vorsitzende der revisionistischen Partei Italiens vor der Führungsclique der „K"PI gehalten hat. Berlinguer hielt diese Rede in einer Situation, in der der Klassenkampf in Italien ziemlich scharfe Formen angenommen hat, in der die Arbeiter gegen die verschärfte Ausbeutung in der Krise kämpfen, die Studenten und Lehrer gegen die weitere Faschisierung des Schulwesens. Während die KPI/ML der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen Italiens den Weg der proletarischen Revolution weist und sie aufruft, sich gegen die Gefahr der Errichtung einer faschistischen Diktatur zusammenzuschließen, sind die „Vorschläge" Berlinguers völlig anderer Art.

„Was schlägt Berlinguer vor", heißt es in dem Artikel, „um aus der Krise herauszukommen? ‚Eine Periode harter Anstrengung des ganzen Volkes und der Anspannung aller nationalen Energien.' ‚Harte Anstrengung', erklärt Berlinguer, ‚bedeutet, daß wir mehr produzieren müssen...daß wir die Industrie umstrukturieren und die wirtschaftlichen und administrativen Aktivitäten reorganisieren müssen unter den Gesichtspunkten von Effizienz und Stärke.' – Harte Anstrengungen des ganzen Volkes, Umstrukturierung der Industrie: sind das nicht haargenau die gleichen Vorschläge, die Agnelli (Fiat – RM) und die Confindustria zur Lösung der Krise machen?

Jeder kann sehen, daß die Vorschläge der revisionistischen Führer der „K"PI und der Vertreter des Kapitals im wesentlichen die gleichen sind. Die von Berlinguer geforderte ‚Effizienz und Stärke' bedeuten in Wahrheit größere Ausbeutung der Arbeiter, der ‚Geist der Hingabe im Dienst der Nation und des Staates', den er von den Arbeitern fordert, bedeutet Unterwerfung unter die Interessen der Ausbeuter-Bourgeoisie... Völlig klar werden die Absichten Berlinguers wenn man hört, daß er in einer Situation des verschärften Klassenkampfes und der drohenden Gefahr der Errichtung einer faschistischen Diktatur fordert, ‚daß man keine frontalen Zusammenstöße und schon gar keine blutigen suchen' dürfe.

‚Ohne Anstrengung und Anspannung dieser Art läuft Italien wirklich Gefahr, in den Abgrund zu stürzen.' Damit will Berlinguer sagen, daß es nur zwei Möglichkeiten gäbe – entweder man akzeptiert solche Maßnahmen der Faschisierung und der Verschärfung der Ausbeutung – oder man stürzt in die faschistische Diktatur. Auf diese Weise unterstützt er voll und ganz die Erpressung der Bourgeoisie gegenüber den Arbeitern und den wirklich fortschrittlichen Kräften. Auf diese Weise versucht er nicht nur, den Kampf der Arbeiter gegen die Verschärfung der Ausbeutung, sondern auch den Kampf zur Verhinderung einer faschistischen Diktatur (entweder auf dem Wege der Faschisierung oder auf dem Wege eines reaktionären Staatsstreichs) zu sabotieren.

Während das kapitalistische System von Tag zu Tag mehr die Unheilbarkeit seiner Krise offenbart, behauptet Berlinguer: ‚das bedeute sicherlich nicht, daß der Kapitalismus dem Zusammenbruch nahe wäre, daß er keinen Ausweg hätte.' Auf diese Weise verneint er nicht nur offen die proletarische Revolution und die Perspektive des Sozialismus, sondern lenkt außerdem, indem der Kapitalismus als unüberwindlich und unzerstörbar hingestellt wird, den Kampf des Proletariats und der Volksmassen von jeder möglichen strategischen Perspektive ab und beschränkt die Arbeiterkämpfe auf den einzigen von der Bourgeoisie gewollten Weg, d. h. den der völligen Abwälzung der kapitalistischen Krise auf die Schultern der Arbeiter.

Niemals hat der oberste Führer der Revisionisten mit solcher Deutlichkeit gesprochen, niemals so offen die Linie der totalen Unterwerfung und des Verrats aufgedeckt, den der moderne Revisionismus predigt. Gerade heute, angesichts der wachsenden Gefahren und Hindernisse, die die Arbeiterklasse und die Volksmasse überwinden müssen, indem sie ihre Einheit festigen, kann Berlinguers Rede nur als verbrecherischer Versuch bewertet werden, das Proletariat organisatorisch und ideologisch zu entwaffnen, um es wehrlos in die Hand der ausbeuterischen und mörderischen Bourgeoisie auszuliefern.

Aber diese Verräter sollen wissen, daß unsere Partei – im Unterschied zu den verschiedenen ‚linken' Gruppen, die sich an den Karren der Revisionisten gehängt haben – entschlossen ist, nicht nur gegen den Kapitalismus und Imperialismus einen unbeugsamen, kompromißlosen Kampf zu führen, sondern auch gegen den Revisionismus, der in Wahrheit ihr Spiel spielt.

Berlinguer soll wissen, daß die KPI/ML bei dieser historischen Aufgabe keinen einzigen Schritt zurückweichen, vielmehr an der Spitze der Arbeiterklasse weiter vorwärtsmarschieren wird, wie mächtig auch immer die Feinde sein mögen, wie raffiniert auch immer ihre Täuschungsmanöver.'

Aus aller Welt

GRIECHENLAND

In Athen fand Mitte Februar eine Versammlung von 2 500 Arbeitern, Studenten und anderen Jugendlichen statt, die gegen die Einmischung der beiden Supermächte in die Angelegenheiten der Völker des Mittelmeerraumes protestierten. Ihre Parolen waren: „Es lebe die antiimperialistische Solidarität des griechischen Volkes!" – „Nieder mit den beiden Supermächten!" – „Alle fremden Flotten raus aus dem Mittelmeerraum!"

SCHWEIZ

Am 15. Februar demonstrierten 4 000 Arbeiter gegen die Schließung einer Schuhfabrik und einer Ziegelei und gegen die Entlassung von über einhundert Arbeitern in Sion. Die Demonstranten zogen durch die Straßen in das Stadtzentrum und hielten dort eine Versammlung ab, auf der Solidaritätstelegramme von Arbeitern aus anderen Schweizer Städten verlesen wurden. Schon Ende Januar hatten in Genf 300 Bauarbeiter für garantierte Löhne und Arbeitsplätze demonstriert und in Lausanne hielten die Uhrenarbeiter in der letzten Woche Versammlungen ab.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT:	WELLENLÄNGE:
1. Programm:	
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	41 und 50 Meter
2. Programm:	
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	32 und 41 Meter
21.30 – 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
3. Programm:	
6.00 – 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 – 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

RADIO PEKING

im Winter 43,7; 42,8 und 38.5 Meter
im Sommer 26,2 Meter
jeweils 19.00 – 20.00 und 21.00 – 22.00 Uhr



32 Meter entspricht 9,26 MHz; 41 Meter entspricht 7,23 MHz; 50 Meter entspricht 5,95 MHz; 215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.

Erpressung im Mühlheimer Ausländeramt

4800 DM für Aufenthaltspapiere

Nachdem sie jahrelang ausländische Kollegen erpreßt hatten, sind jetzt drei Beamte des Mülheimer Ausländeramtes aufgeflogen: ein Stadtobersekretär, ein Amtsinspektor und der Leiter des Ausländeramtes. Zusammen mit einem jugoslawischen Dolmetschers und einem türkischen Geschäftsmann als Mittler haben sie sich die Ausstellung von Amtspapieren teuer bezahlen lassen. 3 500 bis 4 800 DM mußten vor allem türkische und jugoslawische Kollegen für eine Aufenthaltsgenehmigung auf den Tisch blättern. Die Beamten: „Nur kleine Beträge". Immerhin ist der türkische Geschäftsmann inzwischen Millionär geworden!

Der Oberstaatsanwalt stellte zynisch fest: es seien „unwissende Türken hier wie die Gänse ausgenommen" worden. Zweck dieses Spottes ist letztlich, den ausländischen Kollegen die Schuld zuzuschieben, das Opfer zum eigentlich Schuldigen zu erklären, um die Vorgänge im Staatsapparat zu verdecken. Denn die Geschichte der Aufdeckung dieses Erpressungsskandals ist nicht weniger finster als die Erpressung selbst.

1968 bereits waren der Stadt Hinweise auf den Handel im Ausländeramt zugegangen, aber kein Finger wurde gerührt. Als sich vor einem Jahr durch verschiedene Aussagen die Hinweise immer mehr verdichteten, wurde dem Stadtobersekretär sogar noch der Tip von seinen Vorgesetzten gegeben, seine „privaten Beziehungen zu Türken zu unterlassen". Als dann vor einigen Wochen eine Hausdurchsuchung bei ihm unumgänglich wurde, Namenslisten sowie belastende Dokumente gefunden wurden, hieß es: nicht beweiskräftig genug für eine Festnahme. Als er schließlich festgenommen werden mußte, war der Kommentar des Stadtdirektors: „Es sei nur ein Mann". Und als dann auch der Amtsinspektor festgenommen werden mußte, meinte Stadtdirektor Jochum, daß durch den Abteilungsleiter bei einer genauen Prüfung vor einiger Zeit keine Unregelmäßigkeiten hätten festgestellt werden können. Kunststück – denn der Leiter des Ausländeramtes gehörte selbst auch zu der Erpresserbande.

Andererseits aber wurde ohne Aufhebens ein türkischer Arbeiter sofort als „Verdächtiger" festgenommen: Er hatte, um seine Söhne bei sich in Mülheim behalten zu können, zwei Aufenthaltsgenehmigungen für 7 000 DM beim Amt besorgt. Beides zeigt deutlich den Klassencharakter beim Vorgehen in diesem Skandal. Die Erpressung der ausländischen Kollegen soll dargestellt werden als Verfehlung von einem, vielleicht auch zwei oder, wenn es nicht anders geht, drei höheren Beamten – jedenfalls als Tat Einzelner.

Tatsache aber ist, daß das erpresserische Vorgehen der Beamten überhaupt erst möglich ist auf der besonderen Grundlage der Unterdrückung und Ausbeutung der ausländischen Kollegen durch den westdeutschen Imperialismus. Gezwungen ins Ausland zu gehen, um ihre Familien zu ernähren, holt der westdeutsche Imperialismus die ausländischen Kollegen ins Land, um ihre schwierige Situation auszunutzen. Eingesetzt für schwerste Arbeiten erhalten sie zumeist niedrigsten Lohn, sind zugleich durch die Ausländergesetze in jeder Hinsicht entrechtet – denn wer aufmuckt, dem droht die sofortige Abschiebung. **Wie sich die Imperialisten die schwierige Lage der ausländischen Kollegen zunutze machen, um durch ihre besonders schwere Ausbeutung und Unterdrückung die Profite zu erhöhen, so machen sich die „kleinen" Betrüger und Gangster wie die berüchtigten „Sklavenhändler", die „Mieterhaie" usw. die besonders schwere Unterdrückung der ausländischen Kollegen zunutze, um durch schmutzige Tricks und Betrügereien sich ihre Scheibe bei der Ausplünderung abzuschneiden.** Nicht anders die Erpresser im Mülheimer Ausländeramt. Erst auf der Grundlage der völlig unsicheren Existenz der ausländischen Kollegen haben sie ihre Erpressung, ihre Verbrechen starten können.

Die besondere Unterdrückung durch das Ausländergesetz, die ständige Bedrohung, abgeschoben zu werden, soll die ausländischen Kollegen trotz besonders schwerer Ausbeutung und Ausplünderung zum Stillhalten zwingen. Die Bourgeoisie hat sich damit ein Mittel geschaffen, das darauf abzielt, die Kampfkraft der Arbeiterklasse, die gemeinsame Kampffront von deutschen und ausländischen Arbeitern zu spalten, sie gegeneinander auszuspielen. Der Kampf gegen das reaktionäre Ausländergesetz, gegen die besonders schwere Unterdrückung der ausländischen Kollegen ist daher die Sache aller Arbeiter – deutscher und ausländischer – im gemeinsamen Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Lorenz-Gefangennahme Forts. v. S. 1

für alle politischen Gefangenen" in die Front der Solidarität einreihen, desto mehr Werktätige erkennen die Notwendigkeit, die Rote Hilfe Deutschlands, die Organisation proletarischer Klassensolidarität, zu stärken. Der Kampf für die Freilassung politischer Gefangener kann nur durch den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse erfolgreich sein.

Vom Kampf der Arbeiterklasse losgelöste Aktionen wie die Gefangennahme Lorenz's können durch die Überrumpelung des Staatsapparates in Einzelfällen die Freilassung von Revolutionären erzwingen, führen ansonsten aber unweigerlich in die Niederlage. Den Kampf einiger von den Massenkämpfen isolierter Helden mit dem Staatsapparat wird der Staatsapparat über kurz oder lang immer zu seinen Gunsten entscheiden. **Der individuelle Terror ist nicht nur ein untaugliches Mittel zum Sturz des Kapitalismus, sondern auch im Kampf um die Freilassung der politischen Gefangenen.**

Was die Absage an den individuellen Terrorismus angeht, war die Erklärung Horst Mahlers, mit der er seine Ablehnung begründete, sich gegen Lorenz austauschen zu lassen, richtig. Ungeheuerlich war aber, daß Mahler nach Absprache mit GRF-Führer Horlemann praktisch die Theorie auftischte, solche Aktionen würden die Faschisierung provozieren. Das ist genau die Theorie, mit der die modernen Revisionisten gegen die revolutionäre Bewegung hetzen. Mahler hat es fertiggebracht, angesichts der „Antiterrorismus-Hetze" der Bourgeoisie kein Wort zur Verteidigung der revolutionären Gewalt des Volkes und der sozialistischen Revolution zu sagen. Das gilt auch für ein Flugblatt der GRF-Westberlin, mit dem die GRF sich wenige Stunden nach der Lorenz-Entführung Hals über Kopf distanzierte, in dem erklärt wird, solche Aktionen „nützen nur der Bourgeoisie". Auch hier kein Wort über die revolutionäre Gewalt des Volkes, über die gewaltsame Revolution. Stattdessen die vielsagende Feststellung: „Die westberliner Polizeiführung tappt mit ihren Ermittlungen noch völlig im Dunkeln."

So erwiesen sich die GRF-Führer hier als den modernen Revisionisten wieder einmal dicht auf den Fersen. **D„K"P/SEW-Revisionisten traten offen an die Seite des imperialistischen Staatsapparates.** Die D„K"P-Zeitung UZ beklagt, daß die Westberliner Polizei Lorenz „nicht besser geschützt" habe. Die DDR hat den westdeutschen Imperialisten unverzüglich ihre Unterstützung angeboten und sie hat nicht einmal in Worten gegen die im Zuge der Fahndung erfolgten zahllosen Übergriffe der Bundesregierung auf Westberlin protestiert.

Der imperialistische Staatsapparat wurde durch die Aktion offenkundig überrumpelt. Er mußte den Forderungen zunächst nachgeben. Gleichzeitig aber haben die westdeutschen Imperialisten gezeigt, was sie als „starken Staat" verstehen. Der oberste Krisenstab in Bonn, die Krisenstäbe in Westberlin und auf den Landesebenen übernahmen praktisch die Regierungsgewalt und zeigten, wie schnell die parlamentarischen Institutionen über Bord geworfen werden, wenn die Kapitalistenklasse sich im „Notstand" sieht.

Auch mit dem Ruf nach dem „starken Staat", also der verschärften Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates, kann die Bourgeoisie sich auf die D„K"P-Revisionisten stützen. Nachdem die UZ vom 3. März „argwöhnisch" fragt, ob ein „starker Staat" nicht der Reaktion dienen könne, läßt sie plötzlich durchblicken, wie sie die Arbeiterklasse vor den Faschisierungskarren der Monopolbourgeoisie spannen will: „Oder ein starker Staat, ..., der den Arbeiterinteressen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zum Durchbruch verhilft?" Die westdeutschen Imperialisten sollen ihren Staatsapparat also im Interesse der Arbeiterklasse stärken? – **Hier zeigt sich klar die Rolle des modernen Revisionismus als Wegbereiter des Faschismus.**

Unabhängig davon, ob Lorenz lebend wieder auftaucht oder nicht, ob es den vorerst freigelassenen Gefangenen gelingt, sich für längere Zeit dem Zugriff der Konterrevolution zu entziehen oder nicht, wird die Bourgeoisie die Lorenz-Gefangennahme zum Vorwand nehmen, um die Hetze und den Terror gegen die revolutionäre Bewegung, die Faschisierung ihres Staatsapparates zu verschärfen. **Gegen die Hetze der Bourgeoisie, gegen den Ruf nach dem „starken Staat", gegen den Schlachtruf der Konterrevolution „Solidarität der Demokraten" setzen wir die Entlarvung der Faschisierungsmaßnahmen des imperialistischen Staates, die Propagierung der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution, erklären wir der Arbeiterklasse und allen Werktätigen, daß nur die gewaltsame Zerschlagung des kapitalistischen Unterdrückerstaates durch die werktätigen Volksmassen unter der Führung ihrer Kommunistischen Partei die erneute Errichtung einer faschistischen Diktatur verhindern, den Werktätigen ein Leben frei von Ausbeutung und Unterdrückung eröffnen kann.**

Wahlen in Westberlin

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Westberlin und zu der Bezirksverordnetenversammlung wurden vor allem in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der Entführung von Peter Lorenz zugespitzt auf die Frage: Bürgerlicher Parlamentarismus oder „politischer Terrorismus". „Unsere Demokratie fängt mit freien Wahlen an", hieß es in einem Aufruf der drei bürgerlichen Parteien SPD, CDU und FDP. Die Westberliner wurden aufgefordert, diesmal geschlossen den Gang an die Wahlurne anzutreten.

In Bezug auf die Wahlbeteiligung der Westberliner Bevölkerung, die zum Gradmesser für den Glauben an „unsere Demokratie" gemacht werden sollte, erlebte die Bourgeoisie allerdings eine Enttäuschung. Wählten 1971 88,9% der Westberliner Bevölkerung, so gingen diesmal nur 87,7% zur Wahl. Das zeigt, daß die Mobilisierungsversuche der Bourgeoisie für den Parlamentarismus ein Mißerfolg waren.

Auf der anderen Seite aber zeigt das Wahlergebnis in Westberlin, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor keine andere Möglichkeit sieht, als ihre Unzufriedenheit im Rahmen des Parlamentarismus auszudrücken. Für rund 10% der Westberliner Bevölkerung war diese Wahl vor allem ein Anlaß, mit der seit 27 Jahren in Westberlin in der Regierung sitzenden SPD abzurechnen. Die Wirtschaftskrise in Westberlin (28 000 Arbeitslose), aber auch Korruptionsskandale wie um den Kreisel brachten tausende ehemalige SPD-Wähler gegen diese Partei und ihre führenden Männer auf. Einige von ihnen wählten den Weg des Wahlboykotts. Sie haben erkannt, daß sich weder die Wirtschaftskrise, noch andere Übel der Gesellschaft dadurch ändern werden, daß die CDU oder eine andere Partei den Platz im Regierungssessel bekommt. Die weitaus meisten derjenigen, die vor vier Jahren noch SPD gewählt haben, haben, wie auch schon bei den Wahlen in Bayern, ihre Stimme jedoch der CDU gegeben. **Der Hauptgrund für diese Entscheidung war, der SPD einen Denkzettel zu verpassen.** D. h. die Westberliner Bevölkerung wählte die CDU nicht wegen ihres politischen Programms, sondern wählte diese Partei hauptsächlich aus Protest gegen die andere, aus Protest gegen die sich ständig verschlechternde Lage der Werktätigen, für die sie eben die SPD verantwortlich macht.

Daneben aber wird gerade für die Westberliner auch eine Rolle gespielt haben, daß es die CDU ist, die demagogisch für die Einheit Deutschlands und die Einheit Westberlins auftritt und im Gegensatz zur SPD vor der Aggressivität des sowjetischen Sozialimperialismus warnt. Der Tatsache, daß in den letzten vier Jahren die Klarheit gerade unter den fortschrittlichen Teilen der Westberliner Werktätigen über den imperialistischen Charakter des sowjetischen Sozialimperialismus und die faschistische Unterdrückung der Werktätigen in der DDR gewachsen ist, hat andererseits bewirkt, daß die Westberliner Abteilung der D„K"P, die SEW 0,4% Stimmenverluste gegenüber der letzten Wahl einstecken mußte. Ein Teil von diesen 0,4% der Westberliner Werktätigen wird gar nicht mehr gewählt haben.

Ein anderer Teil aber wird die Partei gewählt haben, die sich zum ersten Mal an den Wahlen in Westberlin beteiligte, die GRF. Der „Wahlschlager" der GRF in Westberlin war die Kinderpoliklinik Bethanien in Kreuzberg. Nach den Berichten in der „Roten Fahne" der letzten Wochen mußte man den Eindruck haben, daß halb Kreuzberg hinter der GRF stand. Die nüchternen Zahlen des Wahlergebnissen entlarven diesen Rummel allerdings als nackte Hochstapelei. 2,0% der Stimmen (1580 Wähler) erhielt die GRF hier, das sind immerhin 1,5% weniger als bei den Studenten im Villenviertel Wilmersdorf. Diese Hochstapelei in Kreuzberg ist Ausdruck des Reformismus, mit dem die GRF insgesamt in die Wahlen in Westberlin eingegriffen hat.

Die einzige Partei, die während dieses Wahlkampfes nicht nur in Nebensätzen, um Kritiken revolutionärer Mitglieder abzuwimmeln, sondern hauptsächlich das getan hat, was Kommunisten während eines Wahlkampfes tun müssen, war die KPD/ML. Sie hat gezeigt, daß es im Kapitalismus keine wirklich freien Wahlen gibt, sondern allein die „Wahl" zwischen verschiedenen Parteien im Dienst der Bourgeoisie. **Sie hat vor allem gezeigt, daß dieser Staat keine Demokratie ist, wo die Werktätigen über den parlamentarischen Weg etwas erreichen können, sondern eine Diktatur der Bourgeoisie, die von den Arbeitern und den anderen Werktätigen auf revolutionärem Weg, in der sozialistischen Revolution unter Führung der KPD/ML gestürzt werden muß. Erst in einem vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschland werden Wahlen kein Werkzeug des Betrugs und der Unterdrückung der Arbeiterklasse mehr sein.**

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

ROTER MORGEN

hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum .... Unterschrift ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 4 17 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/ 41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14-18, Sa 9-13 Uhr.

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel. 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 41 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Bernhard Ernst Str. 6. Öffnungszeiten: Mo. – Fr. 16 – 18.30 Uhr, Sa. 11 – 14 Uhr

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030 / 465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

MÜNSTER
Zu den Prozessen wegen Verbreitung der Wahrheit über den Mord an Genossen Günter Routhier und der „Faschistenvertreibung", 11. 3., Gaststätte Aegidiihof, 20 Uhr, Aegidiistr. Prozeßbeginn 9 Uhr Amtsgericht

KREUZNACH
Veranstaltung der ROTEN GARDE: „Wählt den Klassenkampf!" 8. 3., 18 Uhr, Gasthaus „Klause", Mühlenstr. 66.

GROSSVERANSTALTUNG
anläßlich der Gründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS
22. 3., 17 Uhr, Hamburg-Wilhelmsburg, Vogelhüttendeich, „Stübens Gesellschaftsräume", Großer Saal.



Rote Hilfe Deutschlands
in Westdeutschland und Westberlin
Programm
und
Statut

Programm und Statut der RHD als Broschüre DIN-A-6, Preis 0,50 DM
Bestellungen bitte an das
Büro der Roten Hilfe Deutschlands, 46 Dortmund-Dorstfeld, Dorstfelder Hellweg 22